

3. Diskussion

Die Diskussion der Thesen Putnams erfolgt in drei Hauptschritten: Zunächst werden die empirischen Befunde einer kritischen Betrachtung unterzogen. In einem zweiten Schritt werden aus einer vorwiegend immanenten Perspektive einige zentrale Probleme des Sozialkapital-Konzepts beleuchtet. Drittens sollen die gewandelten „Solidaritätsbedingungen“ in modernen Gesellschaften unter Anknüpfung an klassische und gegenwartsbezogene soziologische Theoriebestände auf Makro-, Mikro- und Meso-Ebene skizzenhaft verdeutlicht werden.

3.1 Empirische Gegenbefunde und Bestätigungen

Ob die These vom Verfall des „Sozialkapitals“ als hinreichend begründet angesehen werden kann, ist davon abhängig, welche Untersuchung aus dem reichhaltigen Fundus der US-amerikanischen Forschungsarchive ausgewählt wird, welche methodische Qualität die herangezogenen Untersuchungen haben und wie die Forschungsergebnisse bewertet werden. Die evaluative Komponente verweist wiederum zurück auf die theoretische Grundkonstruktion. Und bekanntermaßen kann man im Ausgang von unterschiedlichen theoretischen und evaluativen Prämissen in Bezug auf dieselbe Datenbasis durchaus zu entgegengesetzten Wertungen kommen. Ich werde mich bei den folgenden Ausführungen darauf beschränken, das Rahmenkonzept und die Grundzüge der Forschungslogik Putnams zu diskutieren und Umschau zu halten, wo die US-amerikanische scientific community Bedenken anzumelden hatte. Auf dieser Basis lassen sich dann vorsichtige Thesen in Bezug auf die Plausibilität der Putnamschen Befunde ziehen.

Um mit dem Letztgenannten zu beginnen: In der US-amerikanischen scientific community gibt es keinen Konsens darüber (Paxton 1999: 88), ob Putnams generelle These nun wahr ist oder falsch. Und vermutlich wird man zu einem solchen Konsens – egal, in welche Richtung er zeigt – auch nie kommen können, denn dafür ist die Konzeption des „Sozialkapitals“ einfach zu unklar und zu ausladend. Die These, die in Kap. 3.2.1 noch zu begründen sein wird, könnte demnach lauten, dass Putnams Verfallsthese in toto nicht beweisbar ist und das hätte zur Konsequenz, dass man an sie glauben kann, oder eben auch nicht. Aber schließlich sollte auch der Glaube sich auf gute Gründe berufen können.

Dass man in jedem Fall mit vorschnellen Schlüssen zurückhaltend sein sollte, dafür gibt es nach Überzeugung der amerikanischen Soziologin Pamela Paxton (1999) einige Anlässe. In methodischer Hinsicht merkt sie an, dass das Sozialkapital häufig mit Einzelindikatoren gemessen wird, Befunde aus unterschiedlichen Forschungsquellen entliehen und mit unzureichenden statistischen Techniken analysiert werden (ebd.: 90-91). So entstehe ein von Uneinheitlichkeit, Inkompatibilität und Widersprüchlichkeit gekennzeichnetes Bild von Befunden zum „Sozialkapital“. In einem eigenen Forschungsprojekt ist Paxton selbst der Frage nachgegangen, ob das Sozialkapital in den Vereinigten Staaten grosso modo tatsächlich abnimmt. Nach einer Analyse der Veränderung zentraler Variablen des Sozialkapitals¹ im Zeitraum von 1975-1994 resümiert sie: „The results do not consistently support Putnam’s claim of a decline in social capital, showing instead some decline in a general measure of social capital, a decline in trust in individuals, not general in trust in institutions, and no decline in associations.“ (1999: 88). Wohl sei das soziale Vertrauen (trust in individuals) pro Jahr um ein halbes Prozent zurückgegangen. Dagegen ließ sich ein zurückgehendes Vertrauen in Institutionen (trust in institutions), trotz ihrer zeitweisen Skandalbelastung im Untersuchungszeitraum, nicht bestätigen. Auch ein Rückgang der Mitgliedschaft in Gruppen habe sich nicht bestätigen lassen und es gab nur wenig Hinweise darauf, dass die Befragten weniger Zeit mit Nachbarn und Freunden verbrachten. Dagegen gab es Indizien dafür, dass die Gesellschaftsmitglieder zunehmend ihre Freundschaften außerhalb von nachbarschaftlichen Zusammenhängen begründen.²

1 Sozialkapital wird von ihr modelliert mittels eines Index, der aus den Variablen „trust“ („trust in institutions“ and „trust in individuals“) und „associations“ („Evenings with neighbors“, „Evenings with a friend“, „group membership“) besteht.

2 Ein Befund, der übrigens angesichts der Ergebnisse von Untersuchungen der Netzwerkbeziehungen der Bewohner deutscher Großstädte durchaus nicht überrascht (vgl. z.B. Friedrichs 1993).

Doch nicht nur auf der Aggregatebene sind Übereinkünfte über die Höhe des Sozialkapital-Niveaus außerordentlich schwierig zu treffen. Die Probleme fangen schon auf der Messebene einzelner Dimensionen an. Robert Wuthnow, Religionssoziologe an der Universität Princeton und ein gewichtiger Antipode Putnams in der amerikanischen Sozialkapital-Debatte, macht zum Beispiel anhand eigener Forschungsergebnisse zur Dimension „soziales Vertrauen“, einem zentralen Bestandteil des Putnamschen Konzeptes, deutlich, dass nicht immer klar zu bestimmen sei, was die Befragten eigentlich assoziieren, wenn sie in Erhebungen Fragen beantworten³ (2001: 675). Bei einer von ihm 1997 durchgeführten nationalen Erhebung jedenfalls stimmten 62 Prozent der Befragten zu, dass man „den meisten Leuten vertrauen“ könne. Gleichzeitig erklärten aber auch 71 Prozent des gleichen Samples, dass man „im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein“ könne. Die Probleme der Vertrauensforschung, darauf verweist Claus Offe (2001b: 365), haben wohl damit zu tun, dass „Vertrauen“ ein emotional in ambivalenter Weise besetztes Phänomen darstellt: „Wir wünschen uns und legen Wert darauf, uns als vertrauenswürdig darzustellen, aber wir würden es gleichzeitig gern vermeiden, als vertrauensselig zu gelten“ (ebd.). Wenn man ein solches, von Ambivalenzen gekennzeichnetes, Phänomen wie „soziales Vertrauen“ nun auf einer trennscharfen Skala abbildet, dann opfert man die Graustufen der Empirie zugunsten der schwarz-weißen Kategorien der Statistik. Unbedingt zweckmäßig scheint es in solchen Fällen deshalb zu sein, sich nicht nur auf quantitative Umfrageergebnisse zu verlassen, sondern qualitative Untersuchungen beizuschalten, wie Wuthnow dies empfiehlt (2000: 675).

Wuthnow bestätigt nach einer Re-Analyse der Befunde des General Social Surveys⁴ (Wuthnow 2001: 666), die eine maßgebliche Referenz-

-
- 3 Und man müsste auch sagen: Nicht immer verstehen die Befragten, was die Forscher genau mit ihren Fragen meinen.
 - 4 Bei den „General Social Surveys“, die zwischen 1974 bis 2001 insgesamt fünfzehn Mal vom National Opinion Research Center der Universität von Chicago durchgeführt wurden, wurden den Befragten eine Liste von 15 Organisationsarten vorgelegt. Abgefragt werden dabei Mitgliedschaften in: „kirchliche Gruppen“, „Sportvereine“, „Berufs-/akademische Vereine“, „Gewerkschaften“, „Service Clubs“, „Schulische Service Clubs“, „Bruderschaften“, „Jugendgruppen“, „Hobby- oder Gärtnervereine“, „literarische, künstlerischer, Diskussionsgruppen“, „Veteranengruppen“, „Schulische Bruder-/Schwesternschaften“, „politische Clubs“, „Bauernorganisationen“, „Nationalitätsgruppen“, „andere Gruppen“. Die Frage, die dabei regelmäßig gestellt wird, lautet: „Wir würden gern etwas über die Gruppen oder Organisationen erfahren, denen Sie angehören. Können Sie mir sagen, welcher Art von Organisation Sie angehören?“ (vgl. Wuthnow: 2001: 667f.)

quelle Putnams darstellen, eines seiner Teilergebnisse, nämlich den Rückgang von Vereinsmitgliedschaften in manchen traditionellen Organisationen. Insbesondere kirchliche Gruppen, Gewerkschaften und schulische Service Clubs (insbes. die „parent teacher associations“) sowie Bruderschaften hätten einen Mitgliederschwind erlitten. Unklar bleibe allerdings, das zeigt sich auch bei Paxton, ob andere Typen von bestehenden Vereinigungen Rückgänge hinnehmen mussten. Für die Einschätzung der Mitgliederentwicklung bei „sekundären Assoziationen“ müsse man, so Wuthnow, Mitgliederwanderungsbewegungen beobachten. So könne man beispielsweise den drastischen Rückgang bei den Parent-Teacher-Associations (PTA), den Putnam heftig beklagt, mit dem gleichzeitigen Anwachsen der konkurrierenden Parent-Teacher-Organizations (PTO) und anderer Eltern-Lehrer-Vereinigungen erklären (Wuthnow 2001: 711). Sehr viel entschiedener als Putnam weist Wuthnow allerdings auf die Zuwachsraten neuer Vereinigungen, die zwischen 1980 und 1994 entstanden sind, hin: Laut der „Encyclopedia of Associations“ hat sich die Zahl der nationalen gemeinnützigen Vereinigungen aller Art von 14.726 auf 22.510 erhöht (vgl. Wuthnow 2001: 666).⁵

Folgt man Wuthnow, dann scheint es auch um die Lage des Ehrenamts nicht so dramatisch bestellt zu sein, wie Putnam dies nahe legt. Wohl habe es in den beiden letzten Jahrzehnten immer wieder kurzfristige Einbrüche gegeben – insgesamt aber

„[...] nahm der Anteil der Amerikaner zu, die ehrenamtliche Tätigkeiten in den Bereichen Künste, Bildung, Religion und in mit der Arbeitswelt zusammenhängenden Organisationen verrichteten, während der Anteil derjenigen abnahm, die sich ehrenamtlich an mit dem Gesundheitswesen zusammenhängenden sowie politischen Tätigkeiten beteiligten“ (Wuthnow 2001: 683f.).

Die nationalen Umfrager Reihen des Gallup-Instituts, die über einen längeren Zeitraum hinweg angestellt wurden, dokumentieren, dass der Anteil der Befragten, die sich in sozialen Unterstützungstätigkeiten engagierten, zwischen den späten 1970er und den frühen 1990er Jahren sogar sehr stark angestiegen sei (Wuthnow 2001: 684). Dies würde Putnam durchaus bestätigen, sofort aber mit dem Hinweis auf die Instabilität des Engagements und der damit verbundenen, geringeren Qualität versehen.

Auch die Befunde einer schwindenden „politischen Aufmerksamkeit“ zweifelt Wuthnow an: Der Technology and Online Use Survey der Princeton Survey Research Associates (1995) etwa erbrachte unter ande-

5 Putnam würde diese Entwicklung nicht in Zweifel ziehen, sondern sie anders als Wuthnow, eben nicht „sozialkapitalgenerierend“, bewerten (siehe hierzu noch das Kapitel 3.2.2).

rem, dass zwei Drittel der Amerikaner regelmäßig eine Tageszeitung lasen und 64 Prozent der Befragten am Tag vor der Befragung die Nachrichten im Fernsehen verfolgt hatten (Wuthnow 2001: 718). Das wären im zutreffenden Fall Werte, die kaum den Verdacht nähren könnten, die Amerikaner seien politisch desinteressierte Gesellschaftsmitglieder.

Für den Bereich „Institutionenvertrauen“ weist Wuthnow – wiederum im Unterschied zu Putnam – auf eine sehr unbeständige Entwicklung hin (Wuthnow 2001: 677f.): Das Vertrauen in die Bundesregierung etwa sei stark von politischen Vorgängen (z.B. Watergate-Skandal) beeinflusst worden. Insgesamt nehme es wohl ab, dagegen scheinen sich die Vertrauenswerte für „gesellschaftliche Eliten (z.B. Führer großer Sozialorganisationen und religiöser Gruppen) trotz zeitweiliger Einbrüche wieder auf Niveaus der 70er Jahre und sogar darüber einzupendeln (ebd.). Wuthnow schlussfolgert deshalb:

„Aufgrund dieser Ergebnisse ist Vorsicht im Hinblick auf die Schlussfolgerung angebracht, es habe eine lineare Erosion des Vertrauens in wichtige amerikanischen Institutionen stattgefunden. Die Daten über eine Zunahme von Misstrauen scheinen mit spezifischen öffentlichen Ereignissen zusammenzuhängen; die Trends kehren sich häufig in späteren Jahren wieder um.“ (ebd.).

Als einzig stabiles Ergebnis könne man festhalten, dass das Misstrauen im politischen Bereich über einen langen Zeitraum hinweg zugenommen hat. Dies schlage sich insbesondere in der stetig zurückgehenden Wahlbeteiligung nieder.

Den Gründen für eine sinkende Wahlbeteiligung ist der deutsche Sozialwissenschaftler Jens Alber (2000) in einer differenzierten Analyse des Wählerverhaltens in den USA nachgegangen. Er weist auf einen konstanten Rückgang allerdings sogar schon für die letzten einhundert Jahre hin. Der zentrale beunruhigende Aspekt ist für ihn dabei die Wirkung von Ungleichheitsfaktoren, die die politische Partizipation beeinflussen: Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 1996 gingen nur ein Drittel der Bürger mit niedrigem Bildungsabschluss oder mit Niedrigeinkommen zur Wahl. Auch unter den nicht-weißen Amerikanern kümmere sich kaum jeder Zweite um die Präsidentschaftswahlen. Die starke Überrepräsentation höherschichtiger Wähler an den Urnen begünstige damit eine Politikproduktion, die sich vorrangig an den Interessen besser gestellter Gruppen orientiert und darüber wiederum das Wahlverhalten beeinflusst (Alber 2000: 340f.).

Schenkt man Wuthnows Einschätzung der religiösen Partizipation Glauben, dann rennt Putnam mit seinem Aufruf zum „great awakening“ offene Türen ein. Die Kirchenmitgliedschaft sei nach mäßigen Rück-

gängen seit den 60iger Jahren des 20. Jahrhunderts immer noch höher als zu irgendeinem Zeitpunkt während des 19. oder in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wuthnow interpretiert die Lage weniger als einen Bedeutungsverlust der Religion, sondern als Veränderung der Loyalitätsbereitschaft der Amerikaner: „Die überwältigende Mehrheit erklärt, die Menschen sollten die Entscheidung über ihre Religion selbst treffen; auch könne man ein guter Christ oder Jude sein, ohne einer bestimmten Kirchengemeinde anzugehören.“ (Wuthnow 2001: 703). Demgemäß müsse man von einer „Entterritorialisierung des Glaubensverhaltens“ (ebd.), einem stärkeren Glaubenseklektizismus und von einem geringeren Grad der Institutionenbindung des Glaubens ausgehen. Solche Veränderungen aber ließen sich freilich mit statistischen Daten kaum nachweisen (ebd.).

Eine ganze Reihe von Befunden, die sich von Putnams Verfallsthese kritisch absetzen, lassen sich mit folgendem Fazit Wuthnows (2001: 684f.) prägnant darstellen:

- Die Daten weisen auf einen gewissen Schwund des Sozialkapitals in den letzten zwei oder drei Jahrzehnten hin. Sie zeugen jedoch nicht von einem drastischen Verfall oder von einem Sinken auf ein extrem niedriges Niveau. Außerdem zeigt sich, dass nicht jede Art von Sozialkapital abgenommen hat.
- Die Mitgliedschaft in Vereinigungen ist die Form des Sozialkapitals, die am deutlichsten rückläufig ist. Es ist offenkundig, dass heute ein kleinerer Teil der amerikanischen Öffentlichkeit irgendeiner Organisation angehört als noch vor 20 Jahren.
- Das steigende Misstrauen gegenüber dem Staat scheint mit spezifischen politischen Ereignissen zusammenzuhängen.
- Außerdem gibt es wenige Belege für die Vermutung, dass die ehrenamtlichen Tätigkeiten in einem signifikanten Umfang zurückgegangen sind. Vielmehr scheint es insgesamt eher eine leichte Zunahme ehrenamtlichen Engagements gegeben zu haben.

In Anbetracht des im internationalen Maßstab außergewöhnlich hohen Niveaus des gesellschaftlichen Engagements in den Vereinigten Staaten und mit Blick auf die referierten (Gegen-) Befunde kann man zu dem Schluss kommen, dass zu Alarmismus möglicherweise kein Grund besteht. Dennoch sollte man auch nicht gleich Entwarnung geben: Die übereinstimmenden Hinweise verschiedener Autoren auf die Mitglieder- auszehrung angestammter Freiwilligenorganisationen und die Veränderung des freiwilligen Engagements, sind bedenkenswert. Ob sie auch bedenklich sind, muss noch genauer geprüft werden.

3.2 Immanente konzeptionelle Probleme

3.2.1 „Sozialkapital“ – ein „Begriffshut“ mit Überweite

Die erstaunliche Karriere des Sozialkapital-Begriffs in der Putnamschen Lesart, die hohe Rezeptionsrate und seine Anschlussfähigkeit für unterschiedliche Diskurse (vgl. Kap. 1.1 und Kap. 2.1.1), hängen wohl maßgeblich damit zusammen, dass es sich hier um einen „Begriffshut“ handelt, der auf ziemlich viele Sachverhalte passt. Es mag einem ja kaum eine friedfertige Erscheinung des sozialen Lebens einfallen, die nicht unter „Sozialkapital“ subsummierbar wäre: Wenn man morgens ausführlich seine Tageszeitung liest, den freundlichen Nachbarn auf dem Weg zur Arbeit zuwinkt, mittags dann einen Plausch über dies und das mit den Kollegen hält, abends zu einem Geburtstagsfest einlädt oder die Tagesschau ansieht, am Sonntag zum Wählen geht, Gewerkschaftsmitgliedsbeiträge entrichtet und sich im Vorstand des Kindergartens engagiert – in jedem dieser Fälle ist man irgendwie als „Sozialkapitalist“ aktiv und alles hat mit jenen sozialen Netzwerken zu tun, die gesellschaftliche Wirkungen entfalten. Die sozialen Erscheinungen, die Putnam in das Prokrustesbett eines Begriffs zu zwingen versucht, machen im Gegenzug ihr Recht auf Selbständigkeit in einer Vielzahl synonymen Wendungen geltend, die Putnam als Hinweise auf oder für „Sozialkapital“ insgesamt gebraucht. Im Folgenden nur eine ausschnittsweise Dokumentation:

familiarity, tolerance, solidarity, trust, habits of cooperation, respect, civic interconnections, community connectedness, formal and informal community networks, social trust, social connectedness, trustworthiness, social networks, citizen engagement, moral cohesion, community monitoring, mentoring, social connectedness, civil society, voluntary associations, social networks of civil society, community, fraternity.

Man muss sich angesichts dieser durchaus noch um einiges verlängerbaren Liste schon fragen, ob es sich in Anbetracht seiner ausfransenden Begriffsränder tatsächlich noch um einen wissenschaftlichen Begriff handelt, der seiner Funktion nach auf kontrollierte Weise die Komplexität der Wirklichkeit reduzieren und Sachverhalte begreifbar machen soll. Haug (1997: 27) wirft zu Recht die Frage auf, „[...] ob die Einführung des Begriffs der Vereinfachung der Zusammenhänge dient oder nur alles verkompliziert.“ Man könne sich zum Beispiel fragen, warum Putnam argumentative Umwege über das „Sozialkapital“ nehmen müsse, wenn er einerseits z.B. als Ursache für den Partizipationsrückgang Frauenerwerbsbeteiligung verantwortlich macht und die daraus resultierenden Effekte für die Freiwilligenorganisationen beschreibt (ebd.).

In diesem Zusammenhang kann man auch die Frage aufwerfen, ob die oben genannten Phänomene ohne Sinnverförmung unter dem „Kapital“-Begriff eingeordnet werden können.

Offe (1999: 116-118) hat seine Zweifel daran in vier Gegenargumenten gebündelt: Erstens hat Sozialkapital im Gegensatz zum „ökonomischen Kapital“ keine individuellen oder kollektiven Eigentümer. Es handelt sich vielmehr um Eigenschaften von ganzen Gesellschaften oder Teilgesellschaften, die Bestandteil ihrer sozialen und kulturellen „Identität“ sind. Zweitens kann „Sozialkapital“ zwar positive wirtschaftliche und politische Funktionen erfüllen, aber bei diesen Funktionen handelt es sich nicht, wie bei der Kapitalrechnung, um monetär zurechenbare Erträge, sondern um mehr oder weniger unintendierte Begleiterscheinungen der kooperativen Dispositionen der Beteiligten. Diese befolgen soziale Normen, für deren Befolgung positive Resultate der Kooperation jedenfalls nicht das Hauptmotiv sind. Drittens kommt „Sozialkapital“ nicht durch Investitionsentscheidungen zustande, die intentional auf die Erzielung von Erträgen gerichtet sind. Vielmehr handelt es sich eher um eine sozialmoralische Grundausrüstung, die nicht durch Kauf erworben werden, sondern deren Bestand allenfalls durch Pflege und Förderung seitens der Beteiligten erhalten werden kann. Im Gegensatz zu Sachkapital (ähnlich auch bei den als Humankapital bezeichneten Kenntnissen, Erfahrungen und Fertigkeiten von Individuen) mindert sich der Wert der Ressource nicht durch ihren Gebrauch, sondern kann sich sogar im Prozess ihrer fortlaufenden Anwendung steigern. Offes Fazit lautet deshalb:

„Der einzige Gesichtspunkt, der die Redeweise von „sozialem Kapital“ rechtfertigen könnte, ist der, dass es sich hier wie dort um einen Beitrag zur (kollektiven) Wohlfahrt von Gesellschaften handelt. Wegen der genannten Differenzen empfiehlt es sich jedoch, von „Sozialvermögen“, also einer wohlfahrtssteigernden sozialen und moralischen Kompetenz zu sprechen, mit der Gesellschaften oder Teile derselben ausgerüstet sein können. Diese kollektiven Kompetenzen werden jedenfalls nach einer anderen Logik erzeugt, als wir sie von der Kapitalbildung durch Eigentumsrechte und Marktwettbewerb kennen.“ (ebd.: 118).

Auch wenn Offe hier Gefahr läuft zirkulär zu argumentieren, zumal er sich an den schon von ihm im Voraus unterlegten Begriffsimplikationen und ohne hermeneutische Bezugnahmen auf vorhandene Definitionen abarbeitet, veranlasst seine Kritik ein paar interessante Fragen: Wird man nicht durch die Analogie zum ökonomischen Kapital auf die Möglichkeit einer Ungleichverteilung gestoßen? Kann man von „Sozialkapital“ nur dann sprechen, wenn der homo sociologicus im Spiel ist? Inves-

tieren nicht Einzelne und Gruppen auch auf der Basis von Kosten-Nutzen-Erwägungen in „ihr“ Sozialkapital? Wird „Sozialkapital“ und auch „Sozialvermögen“ von Kollektiven nicht auch instrumentell dienstbar gemacht, insoweit es ja potentiell ökonomischen wie politischen Nutzen erzeugt? In inhaltlicher Sicht nähert man sich mit diesen Fragen der Sozialkapital-Auslegung von Pierre Bourdieu an und verlässt den Sinnhorizont der Putnamschen Auffassung. In methodischer Hinsicht eröffnet sich die Möglichkeit, „Sozialkapital“ zumindest als strategischen Begriff fruchtbar machen zu können, mit dem man Aspekte und Funktionen der gemeinschaftlichen Grundlagen moderner Gesellschaft anders oder neu in den Blick bekommt. Mit einem instrumentellen Begriffsverständnis wäre schon ein erster Schritt für die Begrenzung seiner Leistungsfähigkeit getan, weil er damit *eine* mögliche, mehr oder minder fruchtbare Perspektive (neben anderen) darstellen würde.

Auf welche nominalistische Bezeichnung man sich auch immer einigt, ob auf „Sozialvermögen“ oder als „Sozialkapital“, entscheidend ist, dass die Indikatoren dafür klar definiert werden. Aber das ist in Putnams Theoriearchitektur nachweislich nicht der Fall.

„In fact, the conceptions of social capital juggled about in these pages are breathtaking in their diversity. Even granting that many of the 30 plus synonyms we noted while reading *Bowling Alone* are in fact just different ways of saying the same thing, it is not at all clear that membership in voluntary associations, interpersonal solidarity, assuming that people are honest, entertaining friends in your home, and the willingness of neighbors to hector other people's children can readily be classified as all the same thing.“ (Edwards/Foley 2001: 227).

Die unklaren Begriffsgrenzen lassen in einer Reihe von Fälle nicht mit Sicherheit eine Entscheidung darüber zu, was nun „Sozialkapital“ ist und was seine Effekte (vgl. Wilson 2001: 225; Haug 1997: 26). So nimmt Putnam zum Beispiel „Vertrauen“ um Wahlbeteiligung vorherzusagen, später aber nimmt er „Wahlbeteiligung“, um einen Index von Sozialkapital zu bilden (vgl. Wilson: ebd.). „Toleranz“ wird das eine Mal als Bestandteil des Sozialkapitals bezeichnet, dann wieder wird darauf hingewiesen, dass „social capital and tolerance go together“ (Putnam 2000: 356) und nahe gelegt, dass Toleranz ein Effekt von Sozialkapital ist. Das Grundproblem ist, dass Putnam auf eine „substantive definition“ verzichtet, weil Sozialkapital „not a single thing“ (Putnam 2000: 21) sei und anstelle dessen eine funktionale Definition präferiert (Wilson 2001: 225). Die Konsequenz ist, dass unter Putnams Begriffsaggregat eine Vielzahl einzelner Indikatoren subsumiert werden, die in Ursache-Wir-

kungs-Zusammenhängen oder in Korrelationen – klar ist das oft nicht – miteinander stehend modelliert werden und in ihrer Verflechtung den Charakter von „Sozialkapital“ bezeichnen. Das Ganze wiederholt sich nochmals auf der Aggregatebene, wo „Sozialkapital“ als unabhängige Variable seinerseits wieder in relativ unklaren Beziehungszusammenhängen, korrelativen und/oder kausalen, mit anderen hoch aggregierten Phänomenen wie „Demokratie“ und „Ökonomie“ steht. Putnam weiß selbst um diese Verwicklungen, aber er hält ein besänftigendes Bild bereit:

„The causal arrows among civic involvement, reciprocity, honesty, and social trust are as tangled as well-tossed spaghetti. Only careful, even experimental, research will be able to sort them apart definitively. For present purposes, however, we need to recognize that they form a coherent syndrome.“ (2000: 137)

Behutsam zubereitete Spaghetti, so könnte man die Küchen-Metapher aufgreifen, zeichnen sich freilich schon dadurch aus, dass sie nicht zusammenleben. In Putnams Theorieküche haften indessen die unabhängigen Variablen und deren Wirkungen so eng aneinander, dass sich in methodologischer Hinsicht eine tautologische Argumentation dabei ergibt.

Um ein Beispiel für problematische Operationen auf der Aggregatebene zu nennen: Zunächst werden in der Italien-Studie Effekte identifiziert, z.B. mehr oder weniger gut regierte Regionen, um dann retrospektiv anhand einer Reihe von Indikatoren Unterschiede zu analysieren, die alle auf eine Ursache zurückgeführt werden: das höhere oder niedrigere soziale Kapital, das laut Definition aber nur ein übergreifendes Label für die Indikatoren ist. „Damit entfällt nicht nur jede andere Erklärungsalternative, sondern wird letztlich auch zweimal das Gleiche gesagt: nach dem Motto: ‚If your town is ‚civic‘ it does civic things; if it is ‚uncivic‘, it does not.“ (Braun: 2001: 349).

Ungeklärt ist ein Herzstück der Theorie Putnams: Die Metamorphose der internen Vertrauensbildung⁶ in generalisiertes Vertrauen. Wie es zu diesem spill-over-Effekt von „dickem“ Vertrauen in face-to-face-Kontakten hin zu „thin trust“ eigentlich kommt, ist weder in der Italien-Studie noch in der USA-Studie hinreichend ausgearbeitet. Da an dieser Stelle eine Leerstelle klafft, entsteht die Gefahr einer „ökologischen Fehlschlüssigkeit“, weil kurzschlusslig interne Wirkungen auf externe

6 Man müsste besser sagen: Vertrauensbestärkung, denn Vertrauen dürfte erst die Zugangsvoraussetzung zur Mitwirkung in nicht-primären Netzwerken, etwa voluntary organizations, bilden.

Wirkungen projiziert werden. Diese Leerstelle deckt Putnam allerdings argumentationsstrategisch mit seiner unbeirrbaren Grundthese zu, dass man, in Anlehnung an ein Aperçu Tönnies, in Gemeinschaften kaum in schlechter Gesellschaft sein kann, zumal – *ceterum censeo* – die Gemeinschaften im Regelfall positive Funktionen haben. Die Kritik in 3.2.4 wird sich mit diesem Aspekt noch näher befassen.

Was ist die Alternative angesichts dieser methodologischen Probleme? Sollte man auf die Verwendung eines übergreifenden Begriffs wie „Sozialkapital“ gleich ganz verzichten, wie etwa die Soziologin Jungbauer-Gans (2002: 192) in ihrer Kritik Putnams empfiehlt? Das scheint grundsätzlich keine gute Lösung zu sein, denn dann müsste überhaupt ein Teil des theoretischen Begriffsinstrumentariums aus dem soziologischen Vokabular gestrichen werden. Im speziellen Fall des „Sozialkapitals“ würde man die Chance preisgeben, mit einer spezifischen Perspektive der Frage nach der Bedeutung zivilgesellschaftlicher Potentiale und Grenzen für die Integration von modernen Gesellschaften nachzugehen. Damit verlören meines Erachtens die Theorien der Sozial- und Systemintegration komplexer Gesellschaften eine Sichtweise aus den Augen, an der man sich, wenn man sie in ihrer Bedeutung schon nicht unterstreicht, zumindest theoretisch abarbeiten kann.

Sinnvoll erscheint indessen eine schärfere Operationalisierung und genauere Konzeptualisierung des Sozialkapital-Konzepts. Offe/Fuchs (2001) haben in ihrem Beitrag zum internationalen Vergleich des Sozialkapital-Niveaus (Putnam 2001) versucht, „feinkörnige konzeptionelle Komponenten“ (ebd.: 418) zu definieren. Sie fassen „Sozialkapital“ – oder wie Offe eigentlich bevorzugen würde: „Sozialvermögen“ – als „[...] alle Verhaltensdispositionen von Bürgern [...], die Beiträge zur Senkung der Transaktionskosten in Wirtschaft und Politik leisten.“ (ebd.: 417). Als weitaus eingeschränktere Indikatoren figurieren

- der Grad der Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger für öffentliche Angelegenheiten,
- das soziale Vertrauen,
- das Engagement in „sekundären bürgergesellschaftlichen Vereinigungen“.

Ausgeschlossen bleiben primäre Assoziationsformen (wie Ehe, Familie, Verwandtschaft), die sich durch einen primordialen Mitgliedschaftstypus auszeichnen und tertiäre Assoziationen (wie Verbände und Firmen), die sich unter anderem durch feststehende Ziele und hierarchische Kontrolle kennzeichnen. Isoliert wird auf der Ebene der Vereinigungen damit ein Assoziationstyp, der weniger formalisiert, variabel und auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruht.

„Sozialkapital“ wird fernerhin einerseits als abhängige Variable konzipiert, dessen Zustandekommen von einer ganzen Reihe von unabhängiger Variablen wie Einkommen, Konfession, Bildung, Alter, Ost/West, Stadt vs. Land/Größe der Gemeinde, Haushaltsgröße/Familienstand, Geschlecht und weibliche Erwerbstätigkeit beeinflusst wird. Andererseits wird es in einem Wechselverhältnis gesehen zu „gutem Staatshandeln“ und zur „Wirtschaftsleistung“, das von Sozialkapital beeinflusst wird und die ihrerseits in Gestalt von Politiken, welche die Bildung von Sozialkapital ermutigen und erleichtern, zurückwirken. Offe/Fuchs haben damit ein Theoriedesign vorgestellt, das die Vermengung empirischer, theoretischer und normativer Aussagen überwindet, sehr viel enger gefasst ist und mit weitaus strengeren Hypothesen arbeitet. In inhaltlicher Hinsicht stellen die Herausarbeitung der Effekte soziologischer Standardvariablenbildung auf die Komponenten des Sozialkapitals und das wechselseitige Bedingungsverhältnis von begünstigenden institutionellen Strukturen und den möglichen demokratie- und ökonomiefördernden Effekten des Sozialkapitals einen maßgeblichen Theoriefortschritt im Vergleich zu Putnams Ansatz dar. Dass aber auch hier wieder der Teufel im Detail steckt und etwa die Bestimmung des Niveaus des „bürgerschaftlichen Engagements“, das auf den ersten Blick als am unproblematischsten identifizierbar erscheint, schwer genug ist, konzidiert Offe als Koreferent Putnams vor der „Enquete-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements des Deutschen Bundestags“: „Was man als bürgerschaftliches Engagement verstehen und messen will, ist bemerkenswert unklar. Welchem Fragezweck die eine oder andere Frage dient, scheint mir oft unbestimmt zu sein – ich ermutige Sie daher zum Misstrauen gegenüber den Daten und Trenddaten“ (Offe 2002: 278f.).

Es sei abschließend nur notizenhaft vermerkt, dass auch der Entwurf von Offe/Fuchs nicht als der Weisheit letzter Schluss gelten kann. Denn wenn man „Sozialkapital“ resp. „Sozialvermögen“ nur auf den Transaktionskosten senkenden Effekt abstellt, gesteht man den „zivilgesellschaftlichen“ Ressourcen durch eine übertrieben harmonisierende Lesart nur eine affirmative Rolle bei der Gestaltung der demokratischen wie ökonomischen Grundlagen moderner Gesellschaften zu. Bilden sich, etwa aus Habermas'scher Perspektive geredet, in dieser Modellierung nicht wieder jene kolonialisierenden Rationalitäts- und Verfügungsansprüche der Systemwelt gegenüber den Eigensinnigkeiten der Lebenswelt ab, die nun als „Sozialkapital“ in Dienst genommen werden kann? Wie und wo aber erhalten hier Widerspruch und Konflikt als empirisches Faktum wie als Movens von gesellschaftlicher Entwicklung ihr Eigenrecht? Welche Akteure werden in diesem Sinne als legitime Träger

des „Sozialkapitals“ erachtet? Mit diesen Fragen eröffnet sich der Diskursraum zur politischen Theorie der „Zivilgesellschaft“ – eine weite und seit Jahrhunderten schon zugige Örtlichkeit, die im Rahmen dieser Arbeit freilich nicht angemessen durchmessen werden kann.⁷ Wenn die Ambivalenzen schon nicht aufgelöst werden können, dann lässt sich für den Weitergang der immanenten Prüfung der Putnamschen Thesen immerhin die Frage nach den eigentlichen Leistungsträgern des „Sozialkapitals“ mitführen. Wen Putnam da im Auge hat und wen nicht, soll im nächsten Kapitel erörtert werden.

3.2.2 Traditionalistisches Bias der Akteurperspektive

Man muss sich im Grunde genommen noch gar nicht in die Einzelheiten vertiefen, um zu argwöhnen, dass mit dem exemplarischen Befund des „Bowling alone“ irgend etwas nicht stimmen kann: Denn in welchem Sinnkontext soll das Bowlen eigentlich noch eingebettet sein, wenn es aufgrund des Wegfalls der sportkameradschaftlichen Konkurrenzgemeinschaft einem Entsportlichungs- wie einem Entgemeinschaftungsprozess gleichermaßen unterliegt?⁸ Hat man sich die Bowling-Center nunmehr als Versammlungsorte von autistischen Punktesammlern vorzustellen, die Schub um Schub einen stupiden Wettkampf gegen sich selbst zu gewinnen suchen? Mit Vereinsregistern und -statistiken ist diesen Fragen freilich nicht beizukommen. Man müsste als Forscher schon kegeln gehen und vor Ort in soziologisch „dichten Beschreibungen“ (Geertz 1987) einzufangen versuchen, was zum Teufel da eigentlich vor sich geht.⁹ In jedem Fall ließe sich durch qualitative Fallstudien eine differenziertere Spurensuche des sozialen Wandels betreiben, als Putnam dies – in diesem Fall – mit seinen Quellen vermag. Die spätere, ziemlich kuriose Berufung Putnams auf eine „poetic license“ (2000: 113) für die phänomenologische Verwandlung des „Nicht-Vereins-Bowlers“ in den „Einzel-Bowler“ sollte den Blick darauf nicht trüben, dass Putnam mit einem titelgebenden Fehlschluss operiert. Neben forschungsethischen Bedenken, die sich dabei erheben, könnte der allerdings weit gewichtigere Verdacht aufkeimen, dass sich in diesem Bei-

7 Die politischen Dimensionen der Arbeiten Putnams und ihre Implikationen für die Modellierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft sind ein eigenes Thema und wären wohl eine eigene Arbeit wert. Über die unterschiedlichen Auffassungen des Konzepts „Zivilgesellschaft“ gibt Kneer (1997: 228-251) einen guten und kritischen Überblick.

8 Die Anregung zu dieser Frage verdanke ich einem Beitrag von Schimank (2002) zum Sport in der modernen Organisationsgesellschaft.

9 „What’s the hell is going on here?“ – die Ausgangsfrage Geertz’ in der teilnehmenden Beobachtung (zit. in: Amann/Hirschauer 1997: 20).

spiel eine grundsätzliche Eintrübung der empirischen und evaluativen Perspektive seiner Gesellschaftsdiagnose bemerkbar macht. Dass Putnam jene Bowling-Spieler, die sich nicht an einen Verein binden wollen, kurzerhand singularisiert, hängt mit seiner methodischen Fixierung auf und mit einer normativen Höherbewertung von traditionellen Gesellungs- und Vergemeinschaftungsformen zusammen.

In Putnams Perspektive wird die Blütezeit des „bürgerschaftlichen“ Engagements der „long civic generation“ in den 40er, 50er und dem Beginn der 60er Jahre zum „Normalniveau“ erklärt und als maßstabgebende Positivfolie benutzt. Natürlich ist Putnam der schlichte Umstand vertraut, dass gemeinsame Gegner und Bedrohung von außen eine konstitutive Bedingung für Solidarität (vgl. Hondrich/Koch-Arzberger 1992: 20) sind. Dass die unterstellte interne „soziale Wärme“ eng mit der Kriegsmobilisierung der US-amerikanischen Bevölkerung und den außenpolitischen Frostzeiten in der Nachkriegsära zusammen hängen, deutet Putnam wohl mehrfach an (vgl. z.B. Putnam 2001: 38). Ob eine Zivilgesellschaft in Friedenszeiten – ohnehin ein „weißer Schimmel“ – indessen mit einem solchen Solidaritätsniveau überhaupt je mithalten kann, wird nicht bedacht. Schon aus einer solchen Überlegung heraus könnte man also auch durchaus geneigt sein, die Entwicklung des Sozialkapitals in der jüngeren Vergangenheit nicht als Verfall, sondern als gesellschaftlichen Normalisierungsprozess, gleichsam einer Entspannung der vormals überhitzten, überintegrierten Sozialverhältnisse in den Vereinigten Staaten zu interpretieren. Es gibt in diesem Sinne freilich durchaus Gründe, um die gesellschaftlichen Verhältnisse in den 50er Jahren als „überintegriert“ qualifizieren zu können. Uwe Schimank fasst „Überintegration“ in der Dimension von Sozialintegration so: „Die moderne Gesellschaft tendiert in dem Maße zur Überintegration, wie sie einer Kasernierung fanatischer Sektenanhänger gleicht, also totale Kontrolle mit totalem Engagement kombiniert.“ (Schimank 2000: 465). Die polizeistaatliche Untersuchung „unamerikanischer Umtriebe“ in der McCarthy-Ära, die sich zu einer gesellschaftsweiten antikommunistischen, nationalistischen und antisemitischen Vorurteile mobilisierenden Hetzjagd ausweitete, wies schon solche Züge einer fanatischen, rigiden und mobilisierten Gesellschaft auf. Selbst Amitai Etzioni nimmt – dies sei gegen die Lesart mancher Kritiker gesagt – die 50er Jahre nicht zum Maßstab einer wohlbalancierten Gesellschaft: „Während einerseits die Gesellschaft verhältnismäßig geordnet war, [...] beschnitt sie andererseits den biographischen Entscheidungsspielraum, die Möglichkeiten kreativer Selbstdarstellung und die kulturellen Alternativen für die meisten Mitglieder der amerikanischen Gesellschaft“ (1997: 99). Wenn die gesellschaftliche Ordnung stark zu Lasten individueller Freiheit geht – und umgekehrt:

ein exzessiver Individualismus die Ordnung zerstört –, dann lässt sich im Sinne Etzionis von einer „guten Gesellschaft“ kaum sprechen. Putnam kann nicht anders, als die Demokratie zu jener Zeit für hoch leistungsfähig zu halten, weil ja das „Sozialkapital“ in voller Blüte stand. Würde er eine andere Position vertreten, müsste er sein „Sozialkapital“-Konzept in den Kernannahmen revidieren.

Nicht nur das quantitative Ausmaß des Engagements in den 50er Jahren gibt die Norm vor, mit der die gegenwärtigen Verhältnisse gemessen werden, sondern auch die Kartografie der damaligen „Engagementlandschaft“ bestimmt die Relevanzstrukturen der Wahrnehmung und Beurteilung der zeitgenössischen Situation. Wenn er über „Musterschüler“ des Sozialkapitals spricht, dann geht es um Gewerkschaften, Parteien, kulturelle und soziale Vereine, Bruderschaften, Kirchengemeinden. Diese „Gewächse“ im Soziotop der „civic communities“ sind für Putnam maßstabbildend und die legitimen Träger der Zivilgesellschaft. Den Umstand, dass den etwa 1,6 Millionen formellen Organisationen in den Vereinigten Staaten zwischenzeitlich mehrere Millionen informeller Gruppierungen gegenüberstehen, die möglicherweise den Kern des nachbarschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Lebens ausmachen (Smith 2000, zit. in: Anheier/Toepler 2003: 42) könnten¹⁰, übersieht Putnam freilich nicht. Aber er mag ihm keine größere Bedeutung beimessen, weil er über kein zureichendes Datenmaterial für diese Gruppen verfüge.¹¹ Zweitens streitet er den von ihm als „tertiäre Assoziationen“ bezeichneten sozialen Gebilden ab, vergleichbare positive externe Effekte erzeugen zu können. Gewiss tragen etwa Selbsthilfegruppen auch aus Putnams Sicht dazu bei, dass die Gruppenmitglieder ihre beschädigte Identität stabilisieren können. Ihre Stärke würde sich aber auf solche internen Effekten begrenzen. Ohne dass hiergegen schon externe Gegenargumente ins Feld geführt werden müssen, mutet eine solche Argumentation wenig überzeugend an. Denn immerhin stehen sol-

10 Nach einer Gallup-Erhebung von 1992 beteiligten sich in den USA 10 Prozent der Befragten an einer „Kleingruppe, die sich regelmäßig trifft und ihren Mitgliedern Fürsorge und Hilfestellung gewährt.“ (Wuthnow 2001: 715).

11 Natürlich ist es sehr viel schwieriger, an Datenmaterial über solche Entwicklungen heranzukommen. Darüber hinaus führt auch die Nichterfassung von neuen Gruppen in entsprechenden Kategorien der Umfrageforschung zu Verzerrungen der Einschätzung von Trends. Eine breitere – über die Kategorie „Sonstiges“ hinausgehende – Erfassung von neuen Assoziationsformen im Rahmen des World Value Surveys von 1981 und 1990 zeigte, dass offenbar ein größerer Anteil der amerikanischen Öffentlichkeit in mindestens einer Gruppierung ist – ganz im Unterschied zu den Ergebnissen der General-Social-Service Daten (Wuthnow 2001: 710).

che halböffentlichen Formen der Interessensorganisation der Möglichkeit sehr viel näher, „bridging capital“ und „thin trust“ zu erzeugen, als jene Ausdrucksformen der privaten Soziabilität, wie etwa „visiting friends“ und „entertaining at home“, die Putnam als hochwertige Komponenten des Sozialkapitals ansieht. Hier wird allem Anschein nach mit unterschiedlichem Maßstab gemessen, was durchaus einen Ideologieverdacht aufkeimen lässt.

In Bewertung der Putnamschen Maßstäbe kommt auch Graf (1999: 17) zu der Einschätzung, dass Putnam mit seiner Kultivierung „sozialromantischer Topoi gelungener Vergemeinschaftung“ (ebd.) auf Organisationsformen und Beispiele rekurriere, „die sein Sozialkapital-Konzept in eine irritierende Nähe zu den ‚heile Welt-Träumen‘ von Kleinbürgern in der Provinz bringen“ (ebd.). Dass sich ein zunehmender Komplexitätsgrad moderner Gesellschaft etwa in Gestalt von Transformationsprozessen auf der intermediären Ebene zwischen Gesellschaft und Individuen niederschlägt, muss Putnam aufgrund der unterkomplexen Entwicklung seiner Gesellschaftstheorie entgehen.

Wenn Putnam schon der Weg zu einer soziologischen Theorie versperrt scheint, weil er diese von vorneherein für ideologiehaltige „declensionist tales“ hält, ließen sich zumindest seine normativen Prämissen empirisch durch einen Aufenthalt im Bowling-Center irritieren: Vermutlich träfe man dort auch verbissen trainierende Einzelspieler an, welche sich bei näherem Hinsehen allerdings als Leistungssportler entpuppen könnten, die sich auf ihren nächsten Wettkampf in der Bowling-Liga vorbereiten. Möglicherweise wäre man einerseits umgeben von Vereinsgruppen, die sich seit Jahren schon regelmäßig in der gleichen Stammbesetzung treffen und gemeinsam älter werden wie andererseits von informellen Gruppen, die sich immer wieder mal zum Bowlen oder anderen Gelegenheiten locker verabreden und denen das Bowlen und die Trefferquoten nicht ganz so wichtig sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach könnte man eine empirische Ausdifferenzierung feststellen im Vergleich zu jener vergangenen monokulturellen Engagementlandschaft auf den Bowling-Bahnen, die Putnam für zukunftsfähig hält. Schlussendlich ließe sich vielleicht auch eine Ahnung davon gewinnen, welche Bedeutung jene Gespräche über „public affairs“, die Putnam für das eigentliche zivilgesellschaftliche Element des Bowlens hält, tatsächlich einnehmen und inwiefern sich die informellen von den organisierten Gruppen darin eigentlich voneinander unterscheiden. Ganz im Sinne dieser kritischen Perspektive urteilt Evers (2002: 70):

„[Man, Erg. der Verf.] könnte argumentieren, dass der Aufbau von Netzwerken und Gemeinschaften heute möglicherweise andere Formen annimmt und

dementsprechend bedeutend schwerer zu lokalisieren ist. Traditionelle Konzepte führen möglicherweise dazu, überzubewerten, was vertraut und deshalb auch gut beschreibbar ist und umgekehrt. Dies würde bedeuten, dass man, anstatt mit der These des Gemeinschaftsverlustes zu operieren, ebenso die These substantiell veränderter Gemeinschaftsformen überprüfen sollte. Genau dies ist jedoch ein Aspekt, der bei Putnam nicht systematisch berücksichtigt wird.“

3.2.3 Kulturalistisches Bias – ungleichheitstheoretische „Blindstellen“

Putnam eilt in seinen hastigen Stippvisiten bei vorangegangenen Sozialkapital-Konzeptionen an einer Lesart des Sozialkapitals vorbei, die in der europäischen Soziologie eine bedeutende Rolle spielt. In ihr wird die instrumentelle Funktion des Sozialkapitals jedoch um einiges anders modelliert als im demokratietheoretischen Optimismus Tocquevilles. Die Rede ist hier von der in den 1980er Jahren entwickelten Sozialkapital-Konzeption des französischen Soziologen Pierre Bourdieu (1983). Für Bourdieu stellt Sozialkapital jene

„Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen [dar; Erg. des Verf.], die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten *Beziehungen* (i. Orig. kursiv; d. Verf.) gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; oder, anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der *Zugehörigkeit zu einer Gruppe* [i. Orig. kursiv, d. Verf.] beruhen.“ (1983: 190f).

Wenn auch Putnams Begriff im Vergleich hierzu überdehnt erscheint, diese Grundauffassung Bourdieus dürfte er zunächst einmal teilen. Gemeinsam ist beiden zudem, dass das „Sozialkapital“ in instrumentellen Funktionszusammenhängen steht: Putnam verspricht sich auf Aggregatenebene einen „Profit“ aus den externen Wirkungen des Sozialkapitals für das politische und ökonomische System.¹² Bei Bourdieu ist „Sozialkapital“

12 Mit den „instrumentellen“ Zwecken des Sozialkapitals hat die kommunitaristische Argumentationslinie Putnams gewiss seine Schwierigkeiten. Aber diese Dimension ist aus der Putnamschen Konzeption nicht zu eskamotieren: In analytischer Hinsicht wird Sozialkapital von ihm maßgeblich mit Blick auf die Nutzenfunktion konzipiert. Auch wenn Sozialkapital als Ressource interpretiert wird, die allen zugute kommt, bleibt es eine „Ressource“ mit einer utilitaristischen Modellierung. In empirischer Hinsicht spielen bei der Begründung von Sozialkapital ohnehin instrumentelle, individuelle Ziele eine maßgebliche Rolle: Wer einem Sportverein beitrifft, möchte primär Sport treiben und nicht zwischenmenschli-

tal“ allgemein jenes „Beziehungsnetz [...] [als; Erg. des Verf.] Produkt individueller oder kollektiver Investitionsstrategien, die bewusst oder unbewusst auf die Schaffung und Erhaltung von Sozialbeziehungen gerichtet sind, die früher oder später einen unmittelbaren Nutzen versprechen“ (Bourdieu 1983: 192). Im Besonderen aber – und hier ist der entscheidende Unterschied – stellt es jenes Netz von Beziehungen dar, das zur Produktion und Reproduktion sozialer Ungleichheit beiträgt. Im Gegensatz zur Putnamschen Grundüberzeugung, dass man es bei „Sozialkapital“ fast immer mit einem gemeinwohlverträglichen oder es sogar befördernden sozialen Phänomen zu tun hat, sind hier seine exklusiven Funktionen konstitutiver Bestandteil.

Die für unseren Zusammenhang relevanten Elemente der Hintergrundkonstruktion Bourdieus gestalten sich wie folgt: Der (Sozial-) Kapitalbegriff ist in eine „allgemeine Wissenschaft von der Ökonomie der Praxis“ eingebettet, die sich anschickt, „das Kapital und den Profit in allen ihren Erscheinungsformen zu erfassen und die Gesetze zu bestimmen, nach denen die verschiedenen Arten von Kapital gegenseitig ineinander transformiert werden“ (Bourdieu 1983: 184). Zu unterscheiden vom „Sozialkapital“ sind das „ökonomische Kapital“, das sich in Eigentumsrechten institutionalisiert und das „kulturelle Kapital“, das seine Ausdrucksform zum Beispiel in schulischen Titeln findet. Soziales und kulturelles Kapital können unter bestimmten Umständen in ökonomisches Kapital konvertiert werden, die letztgenannte Kapitalform unmittelbar in Geld. Der Umfang des Sozialkapitals, über das ein Einzelner verfügen kann, hängt zum einen ab von der Ausdehnung des Netzes von Beziehungen, die er tatsächlich mobilisieren kann, zum anderen vom Umfang des ökonomischen oder kulturellen Kapitals, das diejenigen besitzen, mit denen er in Beziehung steht. Sozialkapital kann einen Multiplikatoreffekt auf tatsächlich verfügbares Kapital ausüben. „Die Profite, die sich aus der Zugehörigkeit zu einer Gruppe ergeben, sind zugleich Grundlage für die Solidarität, die diese Profite ermöglicht.“ (ebd.: 192). Wenn man aufgrund der Ausstattung mit sozialem, kulturellem oder ökonomischem Kapital sich Zugänge erschließen kann zu den „gewissen Kreisen“, dann lassen sich diese Beziehungen wiederum fruchtbar machen für individuelle oder netzwerkspezifische Zwecke. Der gesellschaftliche Aufstieg eines Einzelnen etwa wäre aus dieser Sicht also nicht nur über Leistungsvermögen, sondern über die Verfügbarkeit von befördernden Netzwerken und der Zugehörigkeit zu elitären

ches Vertrauen in der Gesellschaft schaffen oder die Funktionsfähigkeit der Demokratie steigern.

Kreisen zu erklären. Die Macht von Elite-Netzwerken resultiert aus den Einflusszonen, die sich solche „Seilschaften“ gesichert haben.

Wie das ökonomische und kulturelle, so ist auch das soziale Kapital gesellschaftlich ungleich verteilt. Was die einen „anschließt“, weil sie über die richtige oder zureichende Kapital-Ausstattung verfügen, schließt die anderen aus. So wie das Zusammenspiel der Kapital-Sorten im günstigen Fall positive Kumulationseffekte erzeugt, bewirkt es im weniger günstigen Fall negative Aufschaukelungswirkungen, mithin: soziale Exklusion.

Diese Überlegungen Bourdieus lassen sich in diesem Kontext in zwei Hinsichten fruchtbar machen. Erstens drängt sich die Frage auf, wie offen die Portale jener „Schulen und Werkstätten der Demokratie“, als welche man die „sekundären Assoziationen“ mit Putnam ansehen könnte, tatsächlich sind. Zweitens könnte man die Frage aufwerfen, welches Bild sich ergibt, wenn man die „exit“-Bewegungen aus Ungleichheitstheoretischer Perspektive beobachtet.

Man kann man davon ausgehen, dass insbesondere für die Übernahme von Leistungsrollen in „secondary associations“ ein beträchtliches kulturelles Kapital in Gestalt von Führungskompetenzen, rhetorischen Fähigkeiten, Organisationstalenten und Vertrautheit mit Organisationsregeln vorausgesetzt wird (vgl. Wuthnow 2001: 693). Die höheren Bildungsqualifikationen der Führungsschichten von sekundären Assoziationen sedimentieren sich in der Folge in Ansprüchen und impliziten Normen, die in den sozialen Netzwerken herrschen. Sekundäre Assoziationen können sich in Ungleichheitstheoretischer Hinsicht damit durchaus zu „closed shops“ entwickeln, die alles andere als jenes „bridging capital“ ausbilden, das Putnam für das entscheidende Fluidum der generalisierten Vertrauensbildung hält.¹³

Für die deutschen Verhältnisse schließen Offe/Fuchs aus den vorhandenen Daten, dass

- es eine positive Korrelation zwischen hohem Einkommen und der Bereitschaft zum Engagement in Vereinigungen gibt (diess. 2001: 443);
- eine positive Korrelation von Bildungsabschluss und Engagementbereitschaft besteht und sich „Menschen mit niedrigem Bildungsniveau mit geringerer Wahrscheinlichkeit Vereinigungen an[schließen; Erg. der Verf.] als Menschen mit langjähriger Schulausbildung“ (ebd.: 448).

13 Aufgrund von Oligarchisierungs- und Professionalisierungsprozessen in Freiwilligenorganisationen werden die Exklusionseffekte noch verstärkt (vgl. hierzu Kap. 3.3.3).

Hypothetisch erklärbar wird erstgenanntes durch das Sozialkonzept Bourdieus: Bei der Erschließung von sozialen Netzwerken haben Beziehher höherer Einkommen weitaus mehr Optionen, um das vorhandene Kapital einbringen, konvertieren bzw. mehren zu können. Außerdem haben „diese Einkommensschichten einfach mehr zu verlieren als die Beziehher niedriger Einkommen und können solche Verluste durch Engagement in Vereinigungen verhindern.“ (Offe/Fuchs 2001: 442f.) Ferner sind sie mit den Vereinspraktiken besser vertraut und haben ihr eigenes hohes Einkommen nicht zuletzt auch ihren organisatorischen Fähigkeiten zu verdanken (ebd.).

Der Einfluss von Bildung auf die Engagementbereitschaft hängt nach Offe/Fuchs damit zusammen, dass „die Schule im Leben des Einzelnen den ersten ‚nicht-primordialen‘ Kontext darstellt, der sowohl durch seinen expliziten als auch durch seinen ‚unterschwelligten Lehrplan‘, seine moralischen und kognitiven, die Kooperation begünstigenden Fähigkeiten erzieherische Wirkung ausübt. Die Länge der Ausbildung korreliert auch mit dem sozioökonomischen Status des Auszubildenden, mit einem unabhängigen Effekt des Status auf das Engagement in Vereinigungen.“ (dies.: 447).

Es bleibt bei Putnam unbeachtet, dass der Partizipationsbereitschaft in sekundären Vereinigungen ein Mindestmaß an Vertrauen in andere Menschen voraus liegen muss. Ob man in andere Menschen vertraut, dürfte zunächst einmal ein Resultat der eigenen sozioökonomischen Situation, einer gelungenen persönlichen wie beruflichen Biographie und einer gelingenden selbstreflexiven Bezugnahme darauf sein. Wenn negative Selbsteinschätzungen, Versagensgefühle, mit einer Ausleihe aus der psychologischen Forschung: ein mangelndes „Kohärenzgefühl“ (Antonovsky 1997)¹⁴, dominieren, dann wird auch die Bereitschaft sinken, sich aktiv in einem Verein etc. zu beteiligen.¹⁵

14 Antonovsky untersucht mit seinem Konzept der Salutogenese jene Widerstandsressourcen, die ein Subjekt mobilisieren kann, um widrige und belastende Alltagserfahrungen produktiv zu verarbeiten und gegebene biopsychosoziale Spannungen zu bewältigen. Ein zentraler Schutzfaktor ist dabei das „Kohärenzgefühl“, das heißt ein positives, aktives Selbstbild der Handlungs- und Bewältigungsfähigkeit und das sichere Wissen um die Sinnhaftigkeit des eigenen Lebens, die einhergehen mit der Gewißheit der Person, Biographie, Alltagsverhältnisse und soziale Umwelt steuern und gestalten zu können (vgl. hierzu die Beiträge in Wylder/Kolip/Abel 2000).

15 Von dem Umstand, dass ein gewisses Vertrauensniveau erforderlich ist, um ein Engagement auszulösen, geht auch Eva Cox (2001: 242f.) im Rahmen ihrer Untersuchung zur Sozialkapital-Entwicklung in Australien aus.

Nach Ansicht Wuthnows (2001: 695) lässt sich auch für die Vereinigten Staaten zeigen, dass sozioökonomische Variablen wie die Höhe des Familieneinkommens, das Bildungsniveau des Vaters und das Bildungsniveau der Befragten in positiver Korrelation stehen mit der abhängigen Variable „Zugehörigkeit zu einer Vereinigung“.

Seine ungleichheitstheoretisch angeleitete Analyse der „exit“-Seite von Sozialkapital ergibt, dass „der Rückgang der Mitgliedschaft in Vereinigungen immer bei den sozial-ökonomisch geringer Privilegierten stärker ausgeprägt (war) als bei den Personen, die bereits über größere Privilegien verfügten“ (Wuthnow: ebd.)¹⁶. Im Zeitraum zwischen 1974 und 1991 sei der Anteil der Personen, die aus einkommensschwachen Familien stammen um 7 Prozent zurückgegangen (gegenüber 3 Prozent aus einkommensstarken Familien). 1991 zeigte sich bei Personen, die einem weniger gebildeten Hintergrund entstammten, eine geringere Wahrscheinlichkeit einer Vereinsmitgliedschaft als noch 25 Jahre davor. Das Engagementniveau von Afro-Amerikanern und weißen europäischen Amerikanern war 1974 in etwa gleich hoch, im Jahr 1991 hat sich zwischen beiden Gruppen eine erhebliche Differenz gebildet. Wuthnows Fazit lautet:

„Diese Muster lassen sich mit der Aussage interpretieren, dass buchstäblich der gesamte Rückgang der Vereinsmitgliedschaften zwischen 1974 und 1991 in den stärker marginalisierten Segmenten der Bevölkerung vor sich ging und nicht bei höher privilegierten Schichten.“ (2001: 697).¹⁷

Sowohl die Zugangsmöglichkeiten zu als auch Abwanderungen aus Engagementzusammenhängen müssen demnach mit einem ungleichheitstheoretischen Fokus beobachtet werden. Entsprechend theoretisch irritiert müssten darüber hinaus auch die auf der Aggregatebene vorgenommenen Zusammenhänge werden. Wenn Putnam beispielsweise einen Zusammenhang zwischen hohem Sozialkapital-Bestand und dem besseren Gesundheitszustand der Bevölkerung herstellt, dann liegt der Einfluss der sozioökonomischen Situation als versteckte Drittvariable auf der Hand. Mit Blick auf den „Healthy State Index“ drängt sich ein solcher Gedanke jedenfalls auf: Die Qualität der ärztlichen Versorgung einer Region, die Quote der Inklusion der Bevölkerung in die Krankenversicherung, die Quote der „Teenager-Mütter“, die Aids-Rate, der Anteil der staatlichen Ausgaben für Gesundheitspolitik am Bruttosozial-

16 Ein Befund, dem Putnam widerspricht (vgl. hierzu Kap. 2.2.3).

17 Diesen schichtspezifischen Rückgang der Organisationsmitgliedschaft zeigt Wuthnow auch für die Organisationsmitgliedschaft in Gewerkschaften auf. (Wuthnow 2001: 700).

produkt etc. hängen eng mit der ökonomischen Situation einer politischen Region und der individuellen Ausstattung mit materiellen Ressourcen zusammen. Eine Erklärung (!) mit der Variablen „Sozialkapital“ greift hier zu kurz, unbestritten aber kann es durchaus zu Korrelationen kommen.

Angesichts solcher ungleichheitstheoretischer Blindstellen Putnams tragen Edwards/Foley (2001) ein weiteres Argument zur Erklärung der Erfolgsstory des Sozialkapital-Konzepts bei:

„Clearly, the argument presented in *Bowling Alone* strikes a chord among an overwhelmingly neoliberal elit. The source of our discontent, the argument tells us, lies neither in restructuring, nor in globalization, nor in increasing inequality, nor in anything else related to the go-go economy of the 1990s. If social capital is America's elixir for the twenty-first century, conservatives of all stripes can take heart that its source lays in civil society, in private initiative and individual dispositions, not in public action and governmental regulation. A national remedy of civil society and social capital is clearly consistent with a policy agenda of privatization and devolution. Whether these prescriptions can hold up to genuine social analysis is another question.“ (Edwards/Foley 2001: 230).

3.2.4 Leistungsgrenzen des Sozialkapitals

„Social Capital“, so urteilen Edwards/Foley (2001: 230) kritisch, „comes in just three flavors: good, better, and best.“ Auch wenn Putnam seine Euphorie bezüglich der Segnungen des Sozialkapitals seit seiner Italienstudie deutlich gemäßigt hat – er traut sozialen Netzwerken in positiver Hinsicht nach wie vor fast alles zu.¹⁸ Man könnte nun natürlich eine Vielzahl, im Detail ansetzender Prüfungen der behaupteten „outcomes“ des Sozialkapitals durchführen. Alleine mit der Diskussion möglicher interner Effekte könnte man gut und gerne eine weitere Arbeit bestreiten. Ich will mich deshalb auf einige bedeutsamere Aspekte beschränken.

Mit Bourdieus ungleichheitstheoretisch genährter Perspektive wurde ja schon eine erste Begründung ins Spiel gebracht, die das Vertrauen in die Inklusions- bzw. bridging-Qualitäten von sozialen Netzwerken relativiert und realistischer beurteilen lässt. Das zweite Argument entstammt dem kommunitaristischen Argumentationshaushalt und stellt auf die Leerstelle der moralischen Integrationskapazitäten traditioneller Asso-

18 Wohl ist ein ganzes Kapitel in der Studie „*Bowling alone*“ der „Schattenseite“ des Sozialkapitals (dark side of social capital) (2001: 350-366) gewidmet – letztes Endes laufen die Überlegungen aber wieder auf eine Beschreibung der positiven Seiten des Sozialkapitals hinaus.

ziationen von Gesellschaft in Putnams Konzeption ab. Das dritte Argument kritisiert die Leistungsfähigkeit des „Sozialkapitals“ in ökonomischer Hinsicht. Mit der vierten Überlegung werden unter Bezugnahme auf eine ausgewählte „Dritte-Sektor-Theorie“ Leistungsgrenzen und Dilemmata der Philanthropie namhaft gemacht.

Überraschenderweise formuliert einer der maßgeblichen Vertreter der kommunitaristischen Bewegung, Amitai Etzioni, eine ziemlich harsche Kritik am Ansatz Putnams. Überraschend deshalb, weil auch für Etzioni die Schwächung der Gemeinschaften, von Familien über Nachbarschaften und Kirchengemeinden bis hin zu Interessengruppen und Nationen eine zentrale Ursache der schwindenden gesellschaftlichen Sozialintegration ist (vgl. Lange 2000). Und wie für Putnam stehen Gemeinschaften und kollektive Akteure im Aufmerksamkeitsfokus seiner Theorie. Etzioni (2001) wirft Putnam in seiner Rezension von „Bowling alone“ vor, er vermeide den Begriff „community“¹⁹ und ersetze ihn durch den Begriff „Social Capital“, um durch die Nähe zur ökonomischen Theorie wissenschaftlichen Glanz zu erheischen. Mit der Perspektive auf „Sozialkapital“ als Netz sozialer Bindungen und Reziprozitätsnormen indes erfasse Putnam nur eine Seite der Medaille. Das zweite und sehr viel wichtigere Merkmal für die gesellschaftliche Kohäsion sei ein zureichendes Maß an Übereinstimmung in einem Set geteilter Werte, Normen und Bedeutungen. Ohne Kernbestand einer solchen gemeinsamen moralischen Kultur können Gemeinschaften zentrifugalen Kräften nicht standhalten, das ist Etzionis neofunktionalistisches Argument. Solche sozial-moralischen Grundlagen von Gemeinschaft könnten aber im Begriff „social capital“ nicht vorkommen, weil hier die Akteure implizit als „homo oeconomici“ konstruiert würden. Etzioni stellt deshalb Putnams Vorstellung in Frage, dass Bowling-Ligas, Vogelbeobachtungsgruppen oder Schachclubs einen maßgeblichen Beitrag zur Sozialintegration einer Gesellschaft leisten können. Mithin reiche es nicht, nur auf „social bonds“ zu schauen: Man müsse die Mechanismen analysieren, die zu einer neuen moralischen Kultur führen und klären, was jene präventiv vor Entwicklungen schützt, die mit einer freien und fairen Gesellschaft nicht vereinbar sind. Aus Sicht Etzionis eskamotiert Putnam darüber hinaus die Spannungen, die zwischen Freiheit und Gemeinschaft bestehen. Insgesamt hält er Putnams Entwurf deshalb für „sociologically lite“ (ebd.: 223).

Weil hier Etzionis Gesellschaftsanalyse im Einzelnen nicht vorgestellt werden kann, müssen einige Hinweise genügen, um diese Kritik

19 Was allerdings so nicht stimmt. Putnam hält, wie schon gezeigt, viele Synonyme parat, darunter auch „community“.

kontextualisieren zu können: Etzionis Entwurf einer „Verantwortungsgesellschaft“ (Etzioni 1997; vgl. hierzu Lange 2000) grenzt sich nach mindestens drei Seiten hin von konkurrierenden Modellen der Sozialintegration ab: Zum ersten von der liberalen Vorstellung, autonome Individuen könnten als die neuen Triebkräfte gesellschaftlicher Integration gesehen werden; zum zweiten von einem diskurstheoretischen Konzept der „civil society“, wie es etwa von Jürgen Habermas vertreten wird; zum dritten von sozialkonservativen kommunitaristischen Konzepten, in welchem Zwangsordnungsmaßnahmen befürwortet werden. Die „gute kommunitaristische Gesellschaft“ im Sinne Etzionis muss demgegenüber die Balance zwischen den Freiheitsansprüchen der Individuen und den Ordnungsansprüchen der Gemeinschaft im Auge behalten. Sie „stützt sich [...] maßgeblich auf normative Mittel (Erziehung, Führungskraft, Konsens, Gruppendruck, Verweis auf Rollenmodelle, Ermahnung, und vor allem die moralische Stimme der Gemeinschaften)“ (Etzioni 1997: 37). Jene „moralische Stimme“ aber wird „durch Intellektuelle, Geistliche und andere Persönlichkeiten laut [...]“ (ebd.: 58). Und diese sind, vereint in der kommunitaristischen Bewegung, die Motoren für jene gesellschaftlich dringend notwendigen „substantiellen Überzeugungsdialoge“, in denen unverzichtbare universalistische Prinzipien (z.B. Menschenrechte) mit partikularen Geltungsansprüchen verschmolzen werden. Nur dieser gemeinsame Wertekosmos sei es, der moderne Gesellschaften fundamental integrieren könne. Die zivilgesellschaftliche Generalsegnung jedweder „intermediärer Instanzen“ durch Putnam muss Etzioni für heillos übertrieben halten. „Ecksteine der Zivilgesellschaft“ (Etzioni 1997: 54) und Produzenten moralischer Leiterorientierungen können nur Gemeinschaften mit intensiverem zwischenmenschlichen Beziehungsgefüge und hoher moralischer Kompetenz sein, nicht aber jene zweckrationalen, gruppenegoistisch orientierten Vereinigungen, denen Putnam huldigen würde.

Etzionis Kritik sensibilisiert noch einmal dafür, dass die intermediären Scharniere, die die Verbindung zwischen einzelnen Gruppen und der Gesamtgesellschaft bzw. zentraler Teilsysteme herstellen, theoretisch noch unzureichend ausgearbeitet sind und der Integrationsmechanismus bei Putnam unklar ist. Legt man mit Etzioni die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Integration von moderner Gesellschaft über einen Kernbestand moralischer Überzeugungen zugrunde, dann erweisen sich nicht alle Elemente des „Sozialkapitals“ als gleich leistungsfähig. Aber auch wenn man diese Prämisse nicht teilt, ist der Hinweis auf die Notwendigkeit, die Engagementlandschaft differenzierter zu analysieren und Maßstäbe für die Leistungsfähigkeit der intermediären Instanzen zu entwickeln, wichtig. Putnam versucht mit seinen Unterscheidungen etwa

von „bridging social capital“ und „bonding social capital“ zwar, eine erste Heuristik vorzulegen. Für eine differenziertere Analyse, das zeigt sich in den Anwendungsbezügen in „Bowling Alone“, können sie aufgrund ihres „Baustellen-Charakters“ analytisch noch kaum fruchtbar gemacht werden.

Die These, dass ein funktionsfähiges Netz intermediärer Organisationen und ein hohes Kooperationsniveau der Gesellschaftsmitglieder ein „Schmiermittel“ für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit darstellt, ist in dieser Allgemeinheit durchaus problematisierbar (vgl. hierzu Kunz 2000: S. 207–211). Denn immerhin gehören weit gespannte, aber sektoral bezogene Kooperationen und Kooperationsabsprachen zwischen politisch aktiven, insbesondere aber wirtschaftsnahen Verbänden zur Wirklichkeit der Sozialwelt genau deshalb, weil sie die Chancen zur konfliktorischen Interessensdurchsetzung der verbündeten Parteien zulasten einer Gegenpartei verbessern. Solche Allianzen können auch negative Wirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung haben, wenn man nicht von vorneherein unterstellt, dass sich solche Verbindungen per se übergeordneten Interessen verpflichtet (zu) fühlen (haben) und man nicht Putnams Konzept gewissermaßen mit Etzionis Integrationsvorstellungen anreichert. Im Sinne der Public Choice Perspektive wäre es jedoch völlig irrational davon auszugehen, dass spezifische Gruppen einen Anreiz für sich sehen, die wirtschaftliche Entwicklung, die ein Kollektivgut darstellt, in besonderem Maße fördern zu wollen. Die Interessensgruppen würden sich vielmehr darauf konzentrieren, ihr beschränktes Eigeninteresse ohne Rücksichtnahme auf die ökonomische Effizienz durchzusetzen und sektoralistische Politik betreiben.

Dieses Dilemma kollektiven Handelns erzeugt in der politischen Wirklichkeit erhebliche Steuerungs- und Koordinationsprobleme. Aus diesem Grund institutionalisieren politisch verantwortliche Akteure außerparlamentarische Abstimmungsarrangements, im Rahmen derer Verbandseliten mit politischen Eliten Entscheidungen verhandeln und Gelegenheitsstrukturen für die Selbstkoordination zentraler Akteure schaffen.

Solche Mechanismen der politischen Koordination sind in theoretischer, empirischer wie normativer Hinsicht natürlich weit entfernt von Putnams Vorstellung einer face-to-face-basierten gesellschaftlichen Vertrauensbildung, die in den horizontalen Beziehungsgeflechten traditioneller lokaler Vereine wurzelt. Man kann mit Bourdieu bestreiten, dass diese Mikrokosmen der Vertrauensbildung tatsächlich generell so vertrauenswürdig sind, wie Putnam annimmt. Und mit so gegensätzlichen Perspektiven wie der Sozialtheorie Etzionis und der Public Choice Schule kann man begründete Bedenken anmelden, ob das als „Vertrauens-

Mikroklima“ ausgewiesene Exportgut nicht bisweilen auch für Turbulenzen in den überregionalen Großwetterlagen zu sorgen in der Lage ist.

Mit den „Dritte-Sektor-Theorien“ (einen Überblick bieten Anheier et. al. 1998; Priller/Zimmer 2001) wird ein gesellschaftstheoretisches Modell entwickelt, in dessen Mittelpunkt die Handlungs- und Organisationssphäre jener Assoziationen, die weder dem staatlichen Bereich (non-governmental organizations) noch dem privatwirtschaftlichen Sektor (nonprofit organizations) zugehören wie auch jenseits privater Haushalte anzusiedeln sind und folglich einem „Dritten Sektor“²⁰ zugerechnet werden. Typische Gebilde sind unter anderem gemeinnützige Vereine, Geselligkeitsvereine, Stiftungen, Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, Wirtschafts- und Berufsverbände, Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen, Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen. Ohne dass auch dies hier im Detail weiter ausgeführt werden könnte, teilen die Dritte-Sektor-Assoziationen aus dieser Theorieperspektive in analytischer wie empirischer Hinsicht eine Reihe von Ziel- und Organisationsmerkmalen, sodass es gerechtfertigt erscheint, sie unter spezifischen Fragestellungen gemeinsam zu behandeln. Zweifellos sind die „secondary associations“ Putnams diesem „Dritten Sektor“ zuzurechnen. Mithin erscheint eine Applikation dieser Theorieperspektive auch zulässig.

Dritte-Sektor-Theorien beschäftigen sich unter anderem mit der Frage, warum es überhaupt Dritte-Sektor-Organisationen als Anbieter von Dienstleistungen neben erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen gibt bzw. warum marktwirtschaftlich organisierte wie staatliche Organisationen mit der Produktion von öffentlichen und Vertrauens-Gütern Schwierigkeiten haben.

Der US-amerikanische Sozialwissenschaftler Lester M. Salamon (1996) folgt der traditionellen Theorie des Staats- und Marktversagens²¹ und der daraus abgeleiteten Kompensationsleistung des Dritten Sektors bei der Bereitstellung kollektiver Güter allerdings nicht. Für ihn stellen

20 Man müsste demnach richtigerweise eigentlich „Vierter Sektor“ sagen.

21 Zu nennen sind hier unter anderem etwa Weisbrods (1978) Theorie des Markt- und Staatsversagens bei der Bereitstellung kollektiver Güter durch den Markt aufgrund der „free-riding“-Problematik und der Leistungsschwäche des Staates bei der Produktion kollektiver Güter aufgrund der Orientierung am „median voter“ und der daraus resultierenden Vernachlässigung von Minderheiten. Hansmanns Theorie des „Vertragsversagens“ (1981), der die Problematik der Nicht-Identität von Käufer und Konsument in weiten Bereichen der sozialen Dienstleistungen zugrunde liegt, verweist auf den Vorsprung an „Vertrauenswürdigkeit“ von Non-Profit-Organisationen gegenüber privatwirtschaftlichen Anbietern aufgrund ihrer Orientierung an gemeinwohlorientierten Zielen (vgl. die Darstellungen in Salamon 1996: 79-85; Salamon/Anheier 1998: 211-244).

die staatlich organisierten Kooperationsarrangements zwischen Sozialstaat und den Wohlfahrtsorganisationen zur Organisation von sozialer Fürsorge und Versorgung nicht ein Zeichen der zwangsläufigen staatlichen Schwäche dar, sondern – umgekehrt – eine kompensatorische Leistung des Staates angesichts des „Versagens der freiwilligen Aktion“ (Salamon 1996: 89). Salamon macht vier solcher Varianten des Versagens des Freiwilligensektors und des Freiwilligkeitsprinzips bei der Produktion öffentlicher Güter aus:

1. Unzulänglichkeiten des philanthropischen Handelns

Der Freiwilligensektor könne nicht zuverlässig und in ausreichenden Mengen Ressourcen mobilisieren, um kollektive Güter in zureichendem Umfang zu produzieren. Hintergrund ist auch hier das „Trittbrettfahrer-Problem“. Wenn jedes Mitglied der Gesellschaft, gleichgültig, ob es durch freiwillige Zeit- oder Finanzspenden dazu beigetragen hat, davon profitiert, dass Menschen in Schwierigkeiten versorgt werden, gibt es für jeden einzelnen einen Anreiz, die Kosten für die Fürsorge den jeweils anderen aufzubürden. Zum anderen sind die private Wohltätigkeit und die finanzielle Ausstattung der Wohltäter dann am schwächsten, wenn die ökonomische Konjunktur schwach, aber die Not am größten ist. Immer dann, wenn man die Wohltätigkeit am meisten bräuchte, versagt sie. Das gelte auch für schwach entwickelte Regionen, in denen freiwillig erbrachte Ressourcen und Beiträge mit geringerer Wahrscheinlichkeit in zureichendem Maße zur Verfügung stünden.

„Trotz seiner Vorteile, wie die Reduzierung der Transaktionskosten und die Schaffung von Gefühlen der sozialen Verpflichtung und Anteilnahme hat das System der Freiwilligenfürsorge im Hinblick auf die Mobilisierung einer ausreichenden Menge und eines stetigen Zuflusses von Ressourcen zur Befriedigung der Bedürfnisse in einer Gesellschaft schwerwiegende Nachteile.“ (Salamon 1996: 91)

2. Der Partikularismus philanthropischen Handelns

Eine zweite Funktionsschwäche des „voluntary sectors“ ist die partikularistische Orientierung von Freiwilligenorganisationen, das heißt deren Tendenz, sich in den Leistungen auf besondere Gruppen in der Bevölkerung zu konzentrieren. Die Folge ist, dass einige gesellschaftliche Gruppen in der Landschaft der Freiwilligenorganisationen nicht adäquat re-präsentiert werden.²² Die Ursache hierfür ist, dass nicht alle Freiwilli-

22 In der deutschen Debatte wird in letzter Zeit wieder verstärkt darauf verwiesen, dass nicht alle Interessen gleichermaßen organisationsfähig sind. Thomas von Winter (2000) entwickelt mit einem Grundriss einer

genorganisationen von der spendenbereiten Bevölkerung gleichermaßen mit Ressourcen versorgt werden. Beispielsweise ist es auch hierzulande weitaus schwieriger sein, Spenden für die Arbeit mit ehemaligen Strafgefangenen zu erhalten als etwa für behinderte Kindern. „Es gibt auch im Nonprofit-Sektor seit langem eine Tendenz, die ‚Elite‘ der Armen bevorzugt zu bedienen und den öffentlichen Institutionen die schwierigsten Fälle und Problemgruppen zu überlassen.“ (Salamon 1996: 92). Partikularismus und die Privilegierung bestimmter Adressatengruppen können zu Versorgungslücken und zur Überversorgung in anderen Bereichen führen. Viele Gruppen wollen ihre eigenen Dienste organisieren und es kommt zu Zersplitterungen im Freiwilligensektor.²³ Zersplitterung und Gruppenegoismen wiederum führen zu Effizienzeinbußen und Kostensteigerungen im System sozialer Dienste.

3. *Paternalismus im System der Wohlfahrtspflege*

Das Problem des Freiwilligensektors ist für Salamon, dass hier die Definitionsmacht über Wohlfahrt und Bedürftigkeit in den Händen derjenigen liegt, die über die umfangreichsten Mittel verfügen können. Die Allokation von Unterstützungsleistungen für hilfebedürftige Bevölkerungsgruppen werden nicht etwa über Gerechtigkeitsabwägungen gesteuert (wie man dem Staat unterstellen könnte), sondern von den wohlhabenden Mitgliedern der Gesellschaft.²⁴ Aus diesem Grunde spielt das Mäzenatentum im Kultur und Kunstbereich, die von den Reichen bevorzugt werden, eine größere Rolle als Bereiche, die von den unteren Schichten präferiert werden. Die private Wohltätigkeit kann der Tradition bürgerlicher Wohltätigkeit nicht entkommen. Sie begründet keinen

„Theorie schwacher Interessen“ eine Gegenposition zu den älteren Theorien kollektiven Handelns Offes (1972) oder Olsons (1968), wonach sich generelle Aussagen über die Nicht-Organisierbarkeit randständiger Gruppierungen (z.B. mit Blick auf die Ressourcenausstattung als zentraler Variablen) treffen ließen. Stattdessen scheinen die Ausprägung des „Interessenbewusstseins“ der (potentiellen) Mitglieder, die Rolle „politischer Bewegungsunternehmer“ in sozialen Bewegungen und die jeweilige politische Kultur im Umfeld der Organisationsgründung Faktoren zu sein, die eine je spezifische Variationsbreite für die Organisation randständiger Gruppierungen zur Verfügung stellen.

- 23 Einen eindrucksvollen Einblick in die Zersplitterung der Philanthropie und die Gefährdung der Idee der neu erwachten „Miloserdie“ (Barmherzigkeit) in der jungen Zivilgesellschaft Russlands durch die Entwicklung von Gruppenegoismen vermittelt der russische Schriftsteller Daniel Granin in seiner autobiografischen Erzählung „Die verlorene Barmherzigkeit – Eine russische Erfahrung“ (1993).
- 24 Zu der mächtigen Rolle der Stiftungen, die sich in den USA entlang der normativen Konfliktlinie des „Kulturkriegs“ zwischen progressiver und konservativer Mittelschicht entlang organisieren, vgl. Hunter (1997).

Rechtsanspruch auf Hilfe in Notlagen, sondern eine entwürdigende Dankbarkeitspflicht aufseiten der Unterstützten, die neben der ohnehin bestehenden Ausgrenzung ein zweites Mal gedemütigt werden²⁵.

4. Die Laienhaftigkeit der Philanthropie

Ehrenamtlich Tätige sind auf dem Gebiet der Hilfeleistung im Regelfall Laienhandelnde. Die Probleme von Armut und sozialer Not wurden in Zeiten einer ausschließlichen laienhaften Bearbeitung sehr stark dem moralischen Verfall des Klientels zugeschrieben. Mit der zunehmenden Professionalisierung der Hilfe und der Herausbildung helfender Berufe konnte moralisierenden und belehrenden Unterstützungsformen der Boden entzogen werden. Einrichtungen und Dienste des Freiwilligensektors, die ausschließlich auf Spenden angewiesen sind und unentgeltliches Engagement setzen müssen, können keine professionals einstellen und bleiben in ihrem Handeln amateurhaft.^{26/27}

Den referierten Perspektiven auf die Leistungsfähigkeit des „Sozialkapitals“ ist gemeinsam, dass man begründete Bedenken an der Unterstellung eines Potentials für eine universalistische Moralproduktion und ein daran orientiertes Handeln bei Freiwilligenorganisationen und Gemeinschaften anmelden kann. Sozialkapital erscheint weder in moralischer noch funktionaler Hinsicht als von „Natur aus gut“. In den Blick kommen neben Effizienznachteilen die partikulare Interessensausrichtung und patriarchalische bis repressive Elemente, die gemäßigt bzw. überwunden werden müssen.

Bei Etzioni geschieht das im Rahmen der Gesellschaft als „Gemeinschaft der Gemeinschaften“, in der die kompromissbasierte Einheit in

- 25 Zu der potentiell entwürdigenden Hilfeleistung von „Wohltätigkeitsgesellschaften“, die ihre Hilfeleistungen nicht über Rechtsansprüche, sondern über private Wohltätigkeit organisieren, vergleiche auch den philosophischen Diskurs des Sozialphilosophen Avishai Margalit (1996/1997: 256-284).
- 26 Die These der Amateurhaftigkeit der Philanthropie liegt quer zur gegenwärtigen Inthronisierung des Ehrenamts als altem und neuem Leistungsträger der sozialen Fürsorge. Gewiss gibt es auch eine ganze Reihe interessanter Befunde, die auf spezifische Eigenarten der Laienkompetenz hinweisen, welche durch professionelle Tätigkeit nicht zu ersetzen ist (vgl. hierzu die bei Müller-Kohlenberg 1996 referierten Befunde für die Effizienz im Mikrobereich helfenden Handelns). Sehr viel angemessener, als professionelles und ehrenamtliches Handeln gegeneinander auszuspielen, erscheint mir für die Modellierung von Makro- und Mikroarrangements der sozialpolitischen Problembearbeitung eine fallbezogene Kombinierung der Handlungstypen.
- 27 Vgl. hierzu auch Luhmanns Überlegungen zur Herausbildung von Organisationen, die sich im Zuge funktionaler Differenzierung auf „Hilfe“ leistungsspezialisiert haben (Luhmann 1973: 31 - 36).

der Vielheit der pluralistischen Sozialwelt gewahrt wird (1997: 248-325). In der Public Choice Perspektive und bei Salamon ist es das „Third Party Government“ (Salamon 1996), bei dem staatliche Instanzen Entscheidungsspielräume und Machtbefugnisse mit nicht-staatlichen Akteuren teilen und darüber nicht nur spezifische Leistungsvorteile in der sozialstaatlichen Problembearbeitung erzielen, sondern auch den Partikularismus und die Naivität der Freiwilligenorganisationen zähmen. Solche Bergungsaktionen, Mäßigungsversuche oder auch mit guten Absichten verbundenen Instrumentalisierungsprojekte produzieren wiederum Risiken, von denen im Zusammenhang mit den „Transformationsprozessen intermediärer Akteure“ (vgl. Kap. 3.3.3) noch die Rede sein wird.

3.3 „Wandel“ des Sozialkapitals und nicht: „Verfall“ – eine soziologische Gegenaufklärung

Der deutsche Sozialwissenschaftler Adalbert Evers (2002) hat in seiner Kritik festgestellt, das Konzept Putnams sei soziologisch überdeterminiert und enthalte in der Folge eine politische Leerstelle. Richtig an dieser Kritik ist, dass Putnam die institutionell-politischen Voraussetzungen der Bildung von „Sozialkapital“²⁸ nicht analysiert und es auf „eine Art Unterbau für einen politischen Überbau“ (Evers 2002: 67) reduziert. Der Vorwurf Evers allerdings, Putnam erzeuge einen soziologischen „Überhang“ in seiner Sozialkapital-Analyse (ebd.: 70), adelt ihn unbeabsichtigt an der falschen Stelle. Demgegenüber ist zu behaupten, dass eine unzureichende soziologische Fundierung die fehlschlüssige Generalisierung der Verlustthese begünstigt.

Die Begründung hierfür soll in diesem Schlusskapitel in Umrissen erbracht werden. Unter Bezugnahme auf Durkheim soll dargestellt werden, dass gesellschaftliche Differenzierung neue Sozialintegrationsmechanismen hervorbringt, die sich in Gestalt von „Solidarität“ als neuem Typus der freien „Verbundenheit trotz Differenzen“ niederschlägt. Die Identifizierung unterschiedlicher Konstitutionsbedingungen von Solidarität macht deutlich, dass soziale Verbundenheit in modernen Gesell-

28 Solche Faktoren sind u.a. die Gewährung von Freiheitsrechten und eine verlässliche Judikative und Exekutive. Gerade in osteuropäischen Staaten wie der Ukraine, Russland oder Weißrussland zeigt sich meines Erachtens gegenwärtig sehr deutlich, wie die Entwicklung eines zivilgesellschaftlichen Sektors durch den Mangel an solchen begünstigenden Bedingungen deformiert wird.

schaften auf unterschiedlichen und sich verändernden Grundlagen basieren kann. Die Überantwortung sozialer Verbundenheit in das Reich der Freiheit ruft das Individuum auf den Spielplan der Solidarität. Mit Bezugnahme auf Georg Simmel und Ulrich Beck soll gezeigt werden, dass „Individualisierung“ einen Gestaltwandel des „civic engagements“ gefördert hat, Selbstbezüglichkeit und die Moralität von Handlungen aber nicht notwendigerweise einen Widerspruch darstellen. Schließlich soll dargelegt werden, dass interne wie externe Faktoren zu Transformationsprozessen auf der Ebene der intermediären Akteure geführt haben, welche „push-Effekte“ auf die Mitglieder ausüben und die „pull-Effekte“ inszenierter Gemeinschaften verstärken. Die Überlegungen bestärken die in der bisherigen Auseinandersetzung gewonnene Vermutung, dass die Veränderung des Niveaus des „Sozialkapitals“ nicht als „Verfall“, sondern als „Wandel“ interpretiert werden muss.

3.3.1 Konstituierungsfaktoren von Solidarität in der Moderne

„Sozialkapital“ steht bei Putnam in zwei Relationsverhältnissen: Die zentrale Perspektive erfolgt auf „Sozialkapital“ als unabhängiger Variabler, welche in kollektiver Hinsicht zahlreiche positive Externalitäten erzeugt. Als abhängige Variable ist es für Putnam nur insofern von Interesse, als es zu verfallen scheint. Für seinen Verfall wird maßgeblich ein Generationeneffekt verantwortlich gemacht, dem wiederum – das ist theoretisch kaum ausgearbeitet und wird empirisch nur an den Effekten festgemacht – die gewandelte Mentalität der „Baby Boomer-Generation“ zugrunde liegt.

Uwe Schimank hat in einer Einteilung vier Abstraktionsstufen gesellschaftstheoretischer Analysen unterschieden (1996: 17-25): Auf der untersten Stufe geht es um die soziologische Analyse spezifischer historischer Vorgänge in spezifischen Gesellschaften. Auf einer zweiten Ebene kann man soziologische Theorien bestimmter gesellschaftlicher Entwicklungsphasen, z.B. „Risikogesellschaft“, „Erlebnisgesellschaft“ etc. ansiedeln. Auf einer dritten Abstraktionsebene operieren soziologische Analysen, die die generelle Merkmale einer oder der großen Entwicklungsstufen menschlicher Gesellschaften konturieren. Schließlich finden sich auf der vierten Stufe die abstraktesten soziologische Gesellschaftstheorien, welche universell verwendbare Konzepte und Modelle für die Analyse jedweder Art gesellschaftlicher Strukturen entwickeln. Putnams Analyse von „Sozialkapital“ als *abhängiger Variabler* bildet, gemessen an diesem Maßstab, ein relativ geringes Abstraktionsniveau aus. Im Unterschied zu den universellen Ansprüchen seiner Überlegun-

gen zu den outputs von Sozialkapital, operiert sie fast ausschließlich auf der ersten Ebene. Wenn etwa, wie in der Italien-Studie (1993), die Leistungsfähigkeit des italienischen Nordens mit der bis ins Mittelalter reichenden Assoziationsstruktur erklärt oder das gegenwärtige niedrige Engagement in den USA in Verbindung mit dem Generationenwechsel gebracht wird, dann betreibt Putnam „historical sociology“ (Abrams 1982; zit. in Schimank 1996: 17). Was von manchen wohlmeinenden Kritikern Putnams als innovative Leistung markiert wird, weil historische Analyse und Politik- und Kulturforschung in gelingender Weise zusammengebracht worden seien (vgl. hierzu die Darstellung in Haug 1997: 32), erweist sich bei näherem Hinsehen als problematisch. Hätte Putnam nämlich den Konstitutionsbedingungen von Sozialkapital in modernen Gesellschaften ein vergleichbares theoretisches Niveau zugrunde gelegt wie seiner Analyse insbesondere der internen Effekte, wären konstitutive Bedingungen für Solidarität in modernen Gesellschaften stärker in den Blick geraten. Der empirische, normative und evaluative Fokus auf den gegenwärtigen Wandel des „Sozialkapitals“ hätte sich darüber erweitern lassen und damit wäre die Entwicklung nicht nur als „Verlust“ lesbar geworden.

Putnams Vorwurf an die europäischen Klassiker der Soziologie im 19. Jahrhundert lautet, dass ihre Modernisierungstheorien in einer übertriebenen „Vereinfachung der Sachverhalte“ (Putnam 2001: 32) durchgängig in „community lost“-Thesen münden würden. Die Hauptangeklagten heißen Ferdinand Tönnies, Emile Durkheim und Georg Simmel. Nachdem aber ihre Sicht auf den Fall der Gemeinschaft nicht zur Sprache gebracht, sondern Putnam – bildlich gesprochen – nur eine kurze Anklageschrift verliest, muss der „Tatvorwurf“ aus anwaltschaftlicher Sicht kurz geprüft werden (zum folgenden vgl. Bickel 1999; Hondrich/Koch-Arzberger 1992: 9-29; Schimank 1996: 26-79; Nassehi 2001: 208-245).

Gemeinsam ist den Genannten ein bestimmtes Verständnis von „Gemeinschaft“: Sie stellt eine besondere Form der Solidarität als „Inbegriff gefühlhaltiger Bindekräfte“ (Hondrich/Koch-Arzberger 1992: 9) dar. Diese gefühlsmäßig empfundenen Bindungen, ob nun in Primärgruppen oder größeren Kollektiven, basieren auf der Ähnlichkeit der Orientierungsmuster der Gemeinschaftsmitglieder. Es ist eine lebensweltliche, als „organisch“ (bei Tönnies) oder „mechanisch“ (bei Durkheim) bezeichnete, gleichsam naturwüchsige „Solidarität unter Freunden“, welche der individuellen Existenz wie auch dem großen Ganzen Halt und Orientierung vermittelt. Sowohl Tönnies als auch Durkheim ordnen diese Verbindungsform als vorherrschenden Solidaritätstypus der vormodernen Gesellschaft zu. Der Erstgenannte sieht in der Tat eine

Verdrängung der „Gemeinschaft“ durch die moderne „Gesellschaft“; eine Destruktion der organischen Gemeinschaft der Brüder und Schwestern durch die mechanischen Kalküle der Kaufmänner (vgl. Nassehi 2001: 222). Tönnies Beobachtungen, das scheint in der vorangegangenen Formulierung auf, haben eine ausgesprochen sozialetische Prägung. Er bedauert den seiner Ansicht nach nicht mehr umkehrbaren Fortgang von der „Kultur des Volkstums“ zur „Zivilisation des Staats-tums“ (Tönnies zit. in Hillmann 1994), von der – in seiner Begriffsfassung – „organischen“ zur „mechanischen“ Gesellschaft. Insofern schätzt Putnam zumindest Tönnies richtig ein.

Anders aber verhält es sich mit Durkheim. Durkheim modelliert moderne Gesellschaft in Abgrenzung zu der ihr vorangegangenen „segmentär“ differenzierten, aus gleichartigen Segmenten von Familien, Clans oder Stämmen bestehenden Gesellschaft als eine „höhere“, sich durch ein weitaus komplexeres Differenzierungsniveau auszeichnende Gesellschaftsformation. Was die „segmentäre“ von der modernen Gesellschaft unterscheidet, ist das Ausmaß an gesellschaftlicher Arbeitsteilung (vgl. Schimank 1996: 32). Der Differenzierungsvorgang als maßgebliches Kennzeichen der Moderne wird hier also im Anschluss an Adam Smith – und im Unterschied etwa zu Max Webers Konzeption der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher „Wertsphären“ – auf der Rollenebene verortet. Wie den „einfacheren“ Gesellschaften mit Durkheim ein eigener Modus der Solidarität zugeordnet werden kann, nämlich eine „mechanische Solidarität“ als Niederschlag jenes vollständig kollektiven Bewusstseins, das den Reziprozitätsbeziehungen vorindividueller Mitglieder entspringt, so bringt die moderne Gesellschaft einen eigenen Typus der Solidarität hervor: die von Durkheim so genannte „organische Solidarität“. Wie kann aber eigentlich überhaupt noch Solidarität herrschen, wenn Spezialisierung die Einheit des gesellschaftlichen Organismus zerbricht und plurale „Bewußtseine“, womöglich dahin treibenden Strandgütern gleich, vom Ende einer gemeinsamen Reise künden?

Die Pointe in der Durkheimschen Differenzierungstheorie ist, dass die Arbeitsteilung nicht notwendigerweise zur Dissoziation führt, zumal in dieser Spezialisierung selbst die Lösung des Problems liegt: Der Zusammenhalt der Alten war Schicksal, die Übereinkunft der Künftigen entsteht aufgrund von Interessensinterdependenzen und wechselseitigen Rücksichtnahmen aufgrund der Abhängigkeiten der spezialisierten Akteure. „Wer auf die Leistungen anderer angewiesen ist, muss auch in gewissem Maße an deren Wohlergehen interessiert sein und sich selbst entsprechende Rücksichten auferlegen“ (Schimank 1994: 35f.). Auch wenn Durkheim dem von den Differenzierungsprozessen mit im Angebot geführten Modus der „sozialen Verkittung“ beileibe nicht gänzlich

vertraut und deswegen auf zusätzliche Integrationspotentiale, den Staat, intermediäre Organisationen und eine sich entwickelnde Kooperationsmoral setzt (vgl. Schimank 1994: 37-38) – entscheidend ist hier die zentrale Idee, dass die aus der „Gemeinschaft“ freigesetzten Individuen zurückkehren in Kooperationsbeziehungen und zu einer Verbundenheit, die trotz und gerade wegen Differenzen entstehen. Durkheims Konzeption ist wohl optimistisch, aber sie kann nicht die Fragilität des neuen gesellschaftlichen Zusammenhalts eskamotieren. Und es spiegeln sich in ihr die unaufhebbaren Ambivalenzen der Moderne: Einerseits resultiert aus der arbeitsteiligen Kooperation eine Produktivität und ein Fortschritt, der das bis dahin mögliche gesellschaftliche Leistungsvermögen weit in den Schatten stellt; andererseits ist die Gefahr anomischer Verhältnisse in den Strukturbedingungen eingelassen; einerseits werden die Individuen in die Freiheit entlassen, andererseits drohen ihnen dort Vereinsamung und Sinnverlust.

Wenn hier Durkheim rehabilitiert werden soll, dann aus zwei Gründen: Es soll erstens der Übermut des sich empirisch aufgeklärt wahnenden Politologen Putnam gegenüber soziologischer Theoriebildung argumentationspsychologisch gedämpft werden. Zweitens, und das ist das Entscheidende, gibt Durkheims Theorie einen zunächst kontraintuitiv anmutenden Hinweis auf Solidaritätsbedingungen, die außerhalb des Kosmos von „Gemeinschaft“ liegen. Dieser Hinweis indessen muss für weitere Analysezwecke noch fruchtbar gemacht werden.

Hondrich/Koch-Arzberger (1992: 9-29) halten es in diesem Sinne für notwendig, den Durkheimschen Solidaritätsbegriff von seiner evolutionstheoretischen Intention zu lösen. Darüber hinaus müssten die Solidaritätsgrundlagen – Gleichheit in der „mechanischen Solidarität“, arbeitsteilige Abhängigkeit in der „organischen Solidarität“ andererseits – weiter ausdifferenziert werden (1992: 17).

In Bezug auf das Erstgenannte machen sie geltend, dass es eine auf Gleichheit basierende Solidarität nicht nur früher gab und damit in der Gegenwart überwunden sei, sondern sich „[...] in modernen von Individualismus und Arbeitsteilung geprägten Gesellschaften ständig neu her [stellt; Erg. der Verf.], sei es die Solidarität von Arbeitern gegenüber dem Unternehmer, sei es die von Leuten, die am selben Ort wohnen, im Falle der Not, sei es die Gleichheit der Unterdrückten“ (ebd.).

Diese Form der Solidarität wird allerdings falsch verstanden, wenn man sie im Sinne der alten Gemeinschaften als „gefühlhaltige Bindekraft“ interpretiert. „Solidarität unter Gleichen“ heißt in modernen Gesellschaften vielmehr eine „wechselseitige Verbundenheit trotz Differenzen, trotz Ungleichheit (und setzt insofern soziale Differenzierung voraus)“ (ebd.: 13). Es ist dies ein neuer Bindungstypus, der im 19.

Jahrhundert erst als Antwort auf Fragen sozialer Integration und Ungleichheit entstanden ist; aus der Not der Freisetzungsschübe geboren, zu einer sozialen Ordnungsvorstellung von der Arbeiterbewegung erkorren und schließlich als universaler Bindungstyp neben die marktförmig induzierte Gegenseitigkeit und die gefühlsbasierte, schicksalshafte Liebesgemeinschaft tretend.²⁹ Der Eindruck, Gemeinschaft gehe in modernen Gesellschaften immer mehr verloren, sei nach Hondrich/Koch-Arzberger eine „sozio-optische Täuschung“ (ebd.: 11), weil jener neue Bindungstypus nicht in den Blick gerät. So entstehe das Paradox, dass „[...] die Konstitution von Solidarität vom Eindruck schwindender Solidarität begleitet (ist).“ (ebd.)

„Gleichheit“ und „Arbeitsteilung“ als jene solidaritätsstiftenden Faktoren, die Durkheim ausmachte, können indessen noch weiter ausdifferenziert und ergänzt werden. Hondrich/Koch-Arzberger (1994) stellen insgesamt sieben Konstitutionsbedingungen von Solidarität heraus (ebd.: 18-20):

Naturwüchsige Ähnlichkeit: Naturhafte Ähnlichkeiten (etwa: Hautfarbe, Gestalt) sind von sich aus noch nicht solidaritätsstiftend. Sie können aber höchst bedeutungsvoll sozial interpretiert und zur Basis von Konflikten bzw. der Solidarität werden.

Gemeinsam geteilte Überzeugungen bzw. Werthaltungen: Im Sinne Durkheims können das tief verwurzelte, unbefragt und autoritativ wirkende Überzeugungen religiöser Art oder verwandtschaftlicher Zusammengehörigkeit sein. Es kann sich dabei allerdings auch um „moderne“, universalistische und sozialphilosophisch hoch reflektierte Werthaltungen, etwa um die Menschenrechte, die Gleichheit von Mann und Frau oder die Legitimation politischer Herrschaft durch freie Wahlen handeln.

Arbeitsteilige Abhängigkeit: Sie begründet zwar einerseits Ungleichheit, auf einer höheren Abstraktionsstufe jedoch auch Gleichheit

29 „Von *Marktbeziehungen* unterscheidet sich Solidarität dadurch, dass eine persönliche, materielle oder symbolische Unterstützung zwar mit einer Erwidern rechnet, also die Idee der Gegenseitigkeit enthält, aber nicht als eine genau ausgehandelte, berechnete, vertraglich gesicherte Gegenleistung[...]. Wie *Liebe* beruht auch Solidarität auf einem Gefühl der Gemeinschaftlichkeit. Aber anders als Liebe ist die Gefühlsgemeinschaft der Solidarität situativ und ihrem Inhalt nach eingeschränkt. Sie kann mehr Menschen umfassen, als es die Liebe kann, aber sie kann den Menschen nicht ganz umfassen wie die Liebe. Der entscheidende Unterschied ist der, dass Solidarität auf Intention zurückgeht, dass sie eine beabsichtigte, auf allgemeine Werte sich berufende oder bestimmte Interessen kalkulierende, kurz eine freie Art der sozialen Bindung ist, während Liebe in der modernen Gesellschaft der letzte Hort schicksalhafter Verbundenheit ist.“ (Hondrich/Koch-Arzberger 1994: 14–15)

von Interessen und Zielsetzungen im selben Zuge. Interessenübereinstimmung als solidaritätsbegründender Faktor unterscheidet sich von der Wertübereinstimmung, weil sie sozialstrukturell und nicht werthaft begründet ist.

Interaktionshäufigkeit, soziale Nähe: Solidarität kann in dem Vertrauen begründet werden, das sich aus der häufigeren Begegnung von Nachbarn etc. ergibt. Interaktionshäufigkeit bestärkt im günstigen Fall die Vertrautheit.

Gerechtigkeit: Das Engagement für und die Verbundenheit in Bezug auf eine gemeinsame Sache hängt davon ab, ob die Beteiligten den Eindruck haben, dass ihre Beiträge in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Wenn es z.B. „free-riding“ gibt, wird Solidarität untergraben.

Spontaneität und Organisation: Der Anstoß zu Solidarität wird durch Vorleistungen, symbolische Taten und gute Beispiele gegeben. Bewegungsunternehmer können die fatale Logik kollektiven Handelns durch eine Organisation der Engagementbereitschaft überwinden. Durch Organisation kann Solidarität dauerhaft eingefordert und weitergeleitet werden, allerdings wieder mit dem paradoxen Effekt, dass die Wahrscheinlichkeit des „free-riding“ wächst, hierauf mit Zwangsmaßnahmen reagiert und darüber wieder der spontane Charakter frei gewählter Sozialbindungen untergraben wird. Durch interne Untergliederung großer Organisationen oder durch regionale oder sachliche Beschränkung der Reichweite der Solidarität kann dem wiederum begegnet werden.

Gemeinsame Gegner und Bedrohung von außen: Solidarität stellt sich ein, wenn sich ein äußerer Gegner, in Menschen- oder Sachgestalt, zeigt bzw. sozial konstruiert wird.

Wenn diese solidaritätsbegründenden Faktoren gewiss auch keine vollständige Darstellung darstellen – Schimank stellt z.B. aus handlungstheoretischer Sicht die übergeordneten „reflexiven Interessen“ der Kooperationsakteure an basaler Erwartungssicherheit (1994: 38) als einen Determinationsfaktor für die Kooperationsmoral heraus – so erhält man gewissermaßen eine „check-Liste“ für die Analyse sich verändernder Solidaritätsfaktoren im sozialen Wandel.

Putnam begründet die kohäsiven und nutzbringenden Faktoren des „Sozialkapitals“ schwerpunktmäßig auf das in „sozialer Nähe“ und in face-to-face-Kontakten entstehende Vertrauensklima. Die gemeinsame Gegnerschaft in den Kriegs- und Nachkriegszeiten der Vereinigten Staaten wird von ihm zwar als solidaritätsbegründender Faktor gesehen – dass bei ihrem Wegfall eine Destabilisierung erfolgt, wenn nicht gleich-

zeitig andere Faktoren einen Bedeutungszuwachs erfahren, liegt zwar in der Natur der Sache, jedoch außerhalb des Analysehorizonts Putnams. Außerhalb der Analyse (wenn auch nicht außerhalb der „Therapie“) liegen auch die Dynamiken, denen (Freiwilligen-)Organisationen in modernen Gesellschaften ausgesetzt sind und die die Begründung neuer Formen von Solidarität begünstigen bzw. notwendig machen. Unproblematisiert bleibt die Entwicklung neuer, hoch partikularer Gemeinschaften, die sich in der politisierten „ethnischen Konkurrenz um das Gleiche“ (Neckel 1997) herausbilden.³⁰ Gar nicht in Betracht kommt die Möglichkeit einer erweiterten Form der Solidarität als „Solidarität unter Fremden“ (Brunkhorst 1997), wie sie durch die arbeitsteilige Organisationsform moderner Gesellschaft grundgelegt wird.

Hondrich/Koch-Arzberger (1994) halten vor dem Hintergrund ihrer Überlegungen

„die Ansicht, Solidarität und Solidaritätspotentiale seien in modernen Gesellschaften im Schwinden begriffen, [...] nicht nur [für, Erg. der Verf.] fragwürdig, sondern in doppelter Hinsicht für falsch: zum einen entsteht Solidarität erst im Zuge der Ausdifferenzierung verschiedener Arten von sozialen Beziehungen, ist also ein Produkt der Moderne; zum anderen ist dieser Prozess schwerlich als Zu- oder Abnahme von Solidarität oder sozialen Bindekräften schlechthin zu begreifen, sondern als deren innere Verwandlung [...]. Was tatsächlich abgenommen hat, ist durch physische Gewalt, ökonomische Zwänge gewährleistete Stärke sozialer Beziehungen; zugenommen hat deren Freiheitsgrad.“ (dies.: 21).

Mit diesen Hinweisen auf die Enttraditionalisierung von „gemeinschaftlicher Verbundenheit“ und der Entstehung von „Solidarität“ als neuem Verbindungstypus und dessen Konstitutionsbedingungen ist ein Mehrfaches für den Fortgang der Diskussion geleistet:

„Solidarität“ ist ein Produkt moderner Gesellschaften: Interessensbasierte Zusammenschlüsse etwa „verdrängen“ in dieser Sichtweise nicht alte Sozialformen, sondern stellen „Vergemeinschaftungs“- bzw. Kooperationsformen neuer und eigener Art dar. Diese Sicht überwindet die bivalente Struktur der Verfallsrhetorik, in der nur zwischen pathoshaltiger „Gemeinschaft“ und egozentrierter Singularisierung unterschieden wird.

Mit einer differenzierteren Sicht auf Konstitutionsbedingungen von Solidarität lassen sich Sozialformen auf ihre Bindekräfte hin genauer befragen bzw. Wandlungsprozesse identifizieren.

30 Zur Frage gesellschaftlicher Integrationsmöglichkeiten vor dem Hintergrund ethnisch-kultureller Konflikte vgl. nur Heitmeyer (1997).

Mit der Herauslösung der sozialen Verbindungen aus dem Kosmos der Fraglosigkeit und ihrer größeren Überantwortung in das Reich der Freiheit und Wählbarkeit stößt man auf die Rolle des Individuums und des „Individualismus“ als Triebfeder von Solidarität. Überlegungen hierzu werden im folgenden Kapitel angestellt.

3.3.2 „Solidarische Individualisten“ als Kleinaktionäre des „Sozialkapitals“

„[Es] ist doch fast jedem sein Ich der Mittelpunkt des Lebens geworden; daher der Eigennutz, die Selbstsucht, [...] die ja wahrlich auch nur herrschen kann, wo das Bewusstsein einer höheren und deswegen freien Abhängigkeit in der Gemeinschaft, wo die Freude und gegenseitige Hilfsleistung und Handreichung im Geistigen wie im Leiblichen, selbst als Ahnung, verschwunden ist [...]“.³¹

Es wäre schon einen Versuch wert, politisch aufmerksame Zeitgenossen vor die Aufgabe zu stellen, das Geburtsjahr dieses Textausschnitts zu enträtseln. Die moralisierende und religiöse Diktion würde wohl die richtige Zuordnung zum 19. Jahrhundert ermöglichen. Dem Inhalt nach könnte man den Text indessen aber auch einem weit jüngeren Datum zuordnen – gewiss ohne große Abstriche auch der Putnamschen Verlustthese.

Die These von der Geißel der „Vereinzelungssucht“ (Wichern: ebd.) infolge des scheinbaren Verlustes überkommener Bindungen bildet den basso continuo der Selbstreflexionstätigkeit moderner Gesellschaft. Diesen chronischen Beunruhigungsherd in der Moderne: das von der Gemeinschaft getrennte, entpflichtete Individuum, hat Georg Simmel entgegen den Intuitionen des öffentlichen Ressentiments und im Anschluss an Durkheim nicht als gefährdendes und nicht nur als gefährdetes Element der Sozialverhältnisse ausgemacht, sondern vielmehr als archimedischen Punkt der modernen Sozialintegration bestimmt (zum Folgenden vgl. Schimank 1994: 44-53; Nassehi 2001: 224-227).

Die Begründung dafür gestaltet sich wie folgt: Eine zunehmende Rollendifferenzierung hat dazu geführt, dass die Anzahl und Verschiedenartigkeit unterschiedlicher Rollen immer größer geworden ist. Jede dieser Rollen ist auf einen bestimmten „sozialen Kreis“, eine soziale

31 Es handelt sich um einen Ausschnitt aus einer Rede, die der junge Johann Hinrich Wichern, der spätere Begründer des Diakonischen Werks in Deutschland, im Jahr 1833 vor der Hamburger Bürgerschaft gehalten hatte. Die Zuhörerschaft sollte dabei für die Mitfinanzierung seiner ersten jugendfürsorgerischen Einrichtung, das „Rauhe Haus“ in Hamburg, gewonnen werden.

Gruppe, hingeordnet. Je größer der soziale Verkehrsradius ist, desto unwahrscheinlicher wird es, dass noch weitere Personen die gleiche Rollen- bzw. Gruppenzugehörigkeitskombination aufweisen. Aus dieser je spezifischen Schnittmenge ergibt sich die Einzigartigkeit der Person. Gleichzeitig geht damit eine Selbstbestimmung der Person einher, denn erstens sinkt über die Zugehörigkeit zu mannigfaltigen sozialen Kreisen die soziale Kontrolle³² und zweitens ergibt sich aufgrund abnehmender sozialer Vorgaben für bestimmte Rollenkombinationen eine größere Wahlfreiheit für spezifische Kombinationsmöglichkeiten. In dieser Anschauung stellt sich „the complexity of roles as a seedbed of individual autonomy [...]“ dar (Coser 1975 zit. in Schimank 1994: 49).

Mit Blick auf die „community-lost“-These scheint es angebracht darauf hinzuweisen, dass sich mit der Einbindung in eine Vielzahl „sozialer Kreise“ vielleicht die Einbindungsintensitäten der jeweiligen Kreise verändern, gleichzeitig aber auch mannigfaltigere Integrationsbezüge entstehen. Gemeinschaften und Gemeinschaftszugehörigkeiten werden demnach auch in dieser Konzeption nicht unterschlagen, sondern als konzeptionelles Gegenstück zur Individualisierung immer mitgedacht. Das Individuum kann seine „sozialen Kreise“ in Gänze nicht abwählen, sondern seine Bezüge je neu gestalten. Anders formuliert: Aus dem geschlossenen Kosmos einer umfangenden Gemeinschaft, wird das Individuum in den luftigeren Raum des Universums als einem Multi-Kosmos verbannt. Dort kann es in größerer Freiheit *von* den je Anderen sein, *von* dort kann und muss es aber auch sich neu in Bezug *zu* den je Anderen setzen.

Wie bei Simmel wird in Ulrich Becks soziologischer Gegenwartsdiagnose der „Risikogesellschaft“ (1986; zum folgenden vgl. Beck 1986: 121-219) „Individualisierung“ als Ergebnis des säkularen Prozesses der Moderne gefasst. Modernisierung führt nach dieser Konzeption nicht nur zur Herausbildung einer zentralisierten Staatsgewalt, zu Kapitalkonzentration und zu Arbeitsteilungen und Marktbeziehungen³³, sondern

32 Eine Verminderung sozialer Kontrolle durch die Zugehörigkeit zu mehreren „Sozialen Kreisen“ ist eine These, die in glattem Widerspruch zur Auffassung Putnams steht, die bürgergesellschaftliche Qualität des „bridging capital“ erkläre sich aus einer höheren Kontrolle der Gesellschaftsmitglieder aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu mehreren sozialen Netzwerken. Im Sinne Simmels könnte man den Spieß umdrehen und sagen, dass der freiheitsverbürgende Charakter des „bridging capital“ in gesamtgesellschaftlicher Hinsicht positive Wirkungen erzeugt.

33 Ohne dass dies im Einzelnen hier darstellbar wäre, knüpft Beck an differenzierungstheoretische Überlegungen an, die sich auf die funktionale Differenzierung der Makroebene beziehen, insbes. Max Webers Theorie der Entwicklung des okzidentalen Rationalismus. Zur differenzierungs-

„zu einer dreifachen ‚Individualisierung‘: *Herauslösung* aus historisch vorgegebenen Sozialformen und -bindungen im Sinne traditionaler Herrschafts- und Versorgungszusammenhänge (‚Freisetzungsdimension‘), *Verlust von traditionellen Sicherheiten* im Hinblick auf Handlungswissen, Glauben und leitende Normen (‚Entzauberungsdimension‘) und – womit die Bedeutung des Begriffes gleichsam in ihr Gegenteil verkehrt wird – eine *neue Art der sozialen Einbindung* (‚Kontroll- bzw. Reintegrationsdimension‘)“ (ebd.: 206). Dieser Prozess erlebt nach Beck in den 1950er und -60er Jahren eine Beschleunigung: Die Gesellschaftsmitglieder werden mehr und mehr aus den Sozialformen der Industriegesellschaft herausgelöst, Klassen, Familien, Geschlechterrollen, Zugehörigkeiten mannigfaltiger sozialer Natur werden aufgelöst. Die Konturen der traditionellen Lebensformen und Sozialmilieus vergilben, die Individuen werden auf sich zurückgeworfen und werden zum kleinsten Planungsbüro des Sozialen. Dieser „Freisetzungsprozess“ ist maßgeblich veranlasst durch den industriellen Aufschwung in der Nachkriegszeit, der eine Steigerung der Einkommen, der Bildung, der Mobilität und des Massenkonsums bewirkte und einen sozialstrukturellen „‚Fahrstuhl-Effekt‘ nach oben: die Klassengesellschaft wird insgesamt eine Etage höher gefahren“ (ebd.: 122) im Gefolge hatte.

Die Individuen sehen sich verstärkt einer janusköpfigen Welt der „riskanten Freiheiten“ (vgl. Beck/Beck-Gernsheim 1994) gegenüber, die geprägt ist von der Möglichkeit und dem Zwang gleichermaßen, sich in einer „Bastelexistenz“ (Hitzler 1994) zu beheimaten. Einer größer werdenden Zahl an Optionen, steht der Zwang gegenüber, sich für eine oder mehrere dieser Möglichkeiten entscheiden zu müssen. Der Freiheit *von* vorgegebenen Formen der Sozialexistenz kontrastiert mit der Verpflichtung *zur* Gestaltung dieser Freiheit. Fast alles fällt unter eine Neuerfindungsmöglichkeit und Selbsterstellungszwang. In der Folge wird auch die Normalbiografie zur Wahlbiografie, zur „Bastelbiografie“ (Hitzler 1988 zit. in Beck 1993: 152). Individualismus wird zur kulturellen Leitorientierung und die Verhältnisse gebieten, sich „gefälligst als Individuum zu konstituieren“ (Beck 1993: 153).

„Ob Individualisierung als ‚institutionalisierte Verhaltenserwartung‘ oder ‚biografische Selbstausslegung‘, als ‚symbolische Selbstzuordnung‘ oder ‚intersubjektiver Selbstanspruch‘ akzentuiert wird, in allen Fällen werden den Individuen kognitive, soziale und affektive Kompetenzen abverlangt, die [...] zum Auf- und Ausbau reflexiver Selbstverhältnisse geradezu nötigen.“ (Berking 1996: 246).

theoretischen Sättigung der Beckschen Konzeption vgl. nur Schimank/Volkman (1999: 44-45).

Diese Selbstbezogenheit der kognitiven, normativen und evaluativen Orientierung des Individuums muss, so könnte man mutmaßen, in zunehmend strategisch geformte, an der Steigerung der Selbstverwirklichung interessierte Handlungsformen münden. Und damit wäre man bei jener „Verfallstheorie“ angelangt, die den Eingang zu diesem Kapitel bildete. Indessen zehrt diese „Ego-Zentrierung“³⁴ die moralischen Grundlagen von Solidarität nicht auf, sondern verändert sie: Die Reintegrationsdimension der Individualisierung verweist auf eine neue Form und Qualität der Einbindung von Individuen in die Gesellschaft. Denn „Individualisierung ist ein Zwang [...] zur Herstellung nicht nur der eigenen Biographie, auch ihrer Einbindungen und Netzwerke, und dies im Wechsel der Präferenzen der Entscheidungen und Lebensphasen, allerdings: unter sozialstaatlichen Rahmenbedingungen und Vorgaben [...]“ (Beck 1993: 152).

Die „sozialen Lebenskreise“ sind – wie schon bei Simmel gesehen – nicht abwählbar, sondern wählbarer geworden. Die (Verpflichtungs-) Arbeit an der Selbst-Verwirklichung führt nicht zur Entpflichtung von Werten, sondern zu einer je spezifischen, selbstreflexiven Herstellung von Beziehungen zwischen moralischen Geboten und den biografischen Erfordernissen. „Ich tue etwas für andere und dabei etwas für mich“ und „wir tun eine gewisse Zeit lang etwas füreinander“ – mit dieser Motivik ließe sich ein unpathetischer, aus traditionellen Sozialmilieus entpflichteter, von Zwangsbindungen befreiter, auf den jeweiligen Akteur zurückweisender Sozialengagementtypus beschreiben, der in paradox erscheinenden Begriffskonstruktionen wie „solidarischer Individualismus“ (Berkling 1996) „kommunitärer Individualismus“ (Keupp 1995), „altruistischer Individualismus“ (Beck 1997) seinen Niederschlag findet.

In empirischer Gestalt findet man ihn unter anderem in einem sachlich und zeitlich begrenzten, biografieabhängigen und selbstbezogenen Form des „civic engagement“.

Gisela Jakob (1993) hat in einer biografieanalytischen Studie von ehrenamtlich Engagierten den Strukturwandel des Ehrenamts vom „Dienst- zum Selbstbezug“ nachgezeichnet.³⁵ Die gesellschaftsweite Konstellation der Biografisierung der Lebensführung, so hat sie festgestellt, bildet sich auch im Ehrenamt ab:

34 Eine Formulierung, mit der ich die sozialstrukturell bedingten, ego-logischen Bezüge des Individuums bewusst von „Egoismus“ absetzen will.

35 Dieser Strukturwandel wird gegenwärtig in Deutschland in einer zwischenzeitlich unübersehbaren Vielzahl von Veröffentlichungen thematisiert. Vgl. stellvertretend nur Heinze/Olk (2001), Behr/Liebig/Rauschenbach (2000).

- Voraussetzung für ein Engagement scheint zunehmend eine „biografische Passung“ (Jakob 1993: 281) zu sein: „Die ehrenamtlichen Aktivitäten müssen für die Realisierung eigener biographischer Themen in der jeweiligen Lebensphase in Anspruch genommen werden können. Sinnhaftes ehrenamtliches Handeln wird erst dann möglich, wenn das Engagement mit eigenen biografischen Handlungsentwürfen und Planungen verbunden werden kann.“ (ebd.)
- Brüche und Wendepunkte in den Biografien haben Diskontinuitäten des Engagements zur Folge. Denn wenn eine Verschiebung der Relevanzsetzungen erfolgt, steht auch das ehrenamtliche Engagement zur Disposition (ebd.).
- Ehrenamtliches Engagement ist nicht mehr nur Fremdhilfe, die auf die Bearbeitung sozialer Probleme und auf die Unterstützung Hilfebedürftiger gerichtet ist, sondern das Engagement enthält unübersehbar Aspekte einer Selbst-Hilfe (ebd.: 282–283).

Auch wenn nach der Untersuchung Jakobs Varianten eines gemeinschaftsbezogenen, stärker von Dienst- und Pflichterfüllungsmotiven bestimmten Engagements nach wie vor anzutreffen sind – angesichts der kulturellen und sozialen Entwicklung im Modernisierungsprozess wird man mit zunehmend selbstbezogenen Typen sozialen Engagements rechnen müssen (ebd.: 284). Dass diese veränderten Engagementmuster vor dem Hintergrund von Individualisierungsprozessen keine singulären Erscheinungen in Deutschland darstellen, davon zeugen eine ganze Reihe der bereits referierten Befunde aus den USA: Die Zunahme des one-on-one-volunteerings, die „small group“-Bewegung, Ein-Themen-Organisationen und der Rückgang der Konstanz im Engagement.³⁶ Putnam allerdings scannt diese Phänomene nur in Bezug auf ihre Oberflächenstruktur ein und speichert sie unter „funktional unbrauchbar“ und – weniger offen – unter „moralisch verdächtig“ ab.

Aus der Perspektive der Individualisierungsthese verwirklicht das moderne Individuum als „Existenz-Bastler“ (vgl. Hitzler 1999: 241) mit der Inszenierung neuer Gemeinschaften neue sozialkapitalbildende Verbindungen. Mit der Begründung von „kleinen Lebenswelten“ (Berger/Luckmann 1998: 71) entstehen je vorläufige Sozial-Herbergen und Kristallisierungsorte der Identitätsbildung, in denen sich Gemeinschaft

36 Vgl. für entsprechende Befunde eines „organisierten Individualismus“ in Schweden Bo Rothstein (2001); für eine individualistischere Prägung des Engagements in Großbritannien Peter Hall (2001); für die Entwicklung mobilerer Mitgliedschaftsmuster in Australien Eva Cox (2001); für den Rückgang traditioneller Vereinigungsformen in Frankreich Jean-Pierre Worms (2001):

erfahren und Selbstsuche wie Sinngebungszwang gleichermaßen kommunikativ be- wie abarbeiten lassen. Die positiven Effekte von sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Selbsthilfegruppen auf die Gruppenmitglieder sind inzwischen vielfach belegt³⁷ und werden – wie gezeigt wurde – von Putnam auch nicht bestritten. Diese positiven Effekte indes resultieren maßgeblich aus den dichten Reziprozitäts- und Vertrauensverhältnissen, die zunächst sich Fremde auf der Basis gemeinsamer Betroffenheit oder gemeinsamen Interesses freiwillig herstellen. Durch die kleinräumigen, überschaubaren Interaktionsgefüge wird das „free-riding“-Problem unterlaufen und es entsteht ein sanfter Zwang zur Verantwortungsübernahme für sich selbst und für „Signifikante-Andere-auf-Zeit“. Im Unterschied zu traditionellen Vergemeinschaftungsformen nehmen diese Gruppen das Individuum nicht in toto in Beschlag, in zeitlicher Hinsicht nicht „von-der-Wiege-bis-zur-Bahre“, sondern über Teilstrecken der Biografie. In sozialer Hinsicht bilden sie – im gelingenden Fall – offene, durch eine solidarische Gestaltung erst ermöglichte Mikrokosmen gesellschaftlicher Teilhabe an unterschiedlichen sozialen Lebenskreisen. Die „solidarischen Individualisten“ sind in diesem Sinne gleichsam Kleinaktionäre unterschiedlicher Formen des „Sozialkapitals“ und seltener dauermobilisierte Patrioten oder interesselose „free agents“.

Die konzeptionelle Frage Putnams, wie es eigentlich zu jenen „spillover-Effekten“ von den Eigenarten sozialer Mikrokosmen hin zur Beflügelung der Demokratie kommt, kann hier nicht mit einer eigenen Konzeption abschließend beantwortet werden. Ulrich Becks Überlegungen zur „Subpolitik“ und Dieter Ruchts Einschätzung der demokratiefördernden Wirkung neuer intermediärer Akteure können allerdings hier hilfreiche Hinweise geben.

In krassem Gegensatz zu Putnam hält Ulrich Beck die Ausdrucksformen der Individualisierung für alles andere als privat. Individualisierung werde vielmehr „in einem bestimmten, neuen Sinne politisch“ (1993: 154). Man kann vor dem Hintergrund von Individualisierung vielleicht eine Institutionalisierung der Fragwürdigkeit dafür verantwortlich machen, die Distanzen erzeugt: zu angestammten Weltdeutungen und Religionen³⁸, zu überkommenen Lebensgewohnheiten und althergebrachten Institutionen. Die Bürger hinterlassen in der Folge eine Aktionsleere in den alten Institutionen, auf der anderen Seite entwickelt sich eine institutionenlose Renaissance des Politischen: „Die Individuen keh-

37 Vgl. hierzu für Deutschland: Braun (1996a/1996b); Balke (1999); Engelhardt/Simeth/Stark (1995); für die Vereinigten Staaten: Wuthnow (1996).

38 Vgl. hierzu Wuthnows Deutung der Veränderung der religiösen Orientierung; Kap. 3.1)

ren in die Gesellschaft zurück.“ (ebd.: 155). Allerdings, so Beck, dürfe man sie eben nicht in „den dafür ausgeschriebenen Arenen“ (ebd.) erwarten. Innerhalb der angestammten Institutionen erscheinen sie als „neue Ehrenamtliche“, außerhalb eingewurzelter Institutionen und unterhalb der traditionellen politischen Foren als aktive, aber schwieriger, unberechenbarer gewordene Bürger. Individualisierung findet seine Entsprechung in der „Subpolitik“, man müsse sich nur lösen von traditionellen Wahrnehmungsschemata:

„Wenn [im Parlament, den politischen Parteien, Gewerkschaften usw. Erg. der Verf.] die Uhren der Politik stillstehen, dann scheint es, als habe das Politische insgesamt zu ticken aufgehört. Dabei wird zweierlei übersehen: erstens, dass die Unbeweglichkeit des staatlichen Apparates und seiner Nebenagenturen durchaus einhergehen kann mit einer Beweglichkeit der vielen Akteure auf allen möglichen Ebenen der Gesellschaft – also das Versanden der Politik mit einer Aktivierung der Subpolitik. Wer auf die Politik von oben starrt und wartet, übersieht die Selbstorganisation des Politischen, die – zumindest der Möglichkeit nach – viele, alle Felder der Gesellschaft ‚subpolitisch‘ in Bewegung versetzen kann.“ (Beck 1993: 155f.).

Von einer leidenschaftlichen Staatsdienerschaft als Triebfeder des „civic engagements“, wie Putnam sich das möglicherweise erseht, ist der „solidarische Individualist“ freilich weit entfernt. Aber zeichnet nicht Demokratie gerade dies aus, so müsste man Putnam fragen: ein buntes, lebendiges Chaos vielfältiger Initiativen, die nicht dem Staat nach dem Mund reden, sondern von ihm unabhängig sind oder ihm ins Wort fallen? Ralf Dahrendorf sieht jedenfalls genau in diesen Eigenschaften eine „Bürgergesellschaft“ verwirklicht: In der Vielfalt ihrer Elemente, einer Fülle von Organisationen und Institutionen, in denen Menschen Dimensionen ihrer Lebensinteressen realisieren können; in der Autonomie der vielen Organisationen und Institutionen; und in Eigenschaften des menschlichen Verhaltens: Höflichkeit, Toleranz, Bürgersinn (vgl. Dahrendorf: 1992: 70). Mithin sei es „[...] ein subalternes Missverständnis, Bürgerinitiativen als Kampfgruppen gegen demokratische Regierungen zu sehen. Freiheit heißt auch, dass der Staat breite Bereiche des Lebens der Menschen allein lässt, so dass diese sich weder für noch gegen dessen Institutionen entfalten müssen, um am Ende gemeinsam mit diesen und mit der Marktwirtschaft Lebenschancen zu befördern.“ (ebd: 71)

Gewiss: In unübersichtlicheren gesellschaftlichen Verhältnissen steigen die Koordinationskosten, um Konsense und Kompromisse auszuhandeln. Aber fiele denn eine Bilanzierung der „demokratischen Qualität“ einer Nation oder einer Region günstiger aus, wenn sie nur von folgsamkeitsbereiten Bürgern bevölkert werden?

Dem deutschen Soziologen Dieter Rucht folgend, könnte man Putnam entgegenhalten, dass die hierzulande unter den „Neuen Sozialen Bewegungen“ subsumierten Assoziationen „geradezu ein Lebenselixier einer partizipatorischen, ‚starken‘ oder ‚assoziativen‘ Demokratie“ (ebd.: 330) bilden. Er hat fünf maßgebliche Funktionen Sozialer Bewegungen ausgemacht (vgl. Rucht 2001: 321-330):

- Sie sind „Problemindikatoren“, weil sie auf ungelöste Probleme der Vertretung und Durchsetzung von Interessen hinweisen. Sie seien damit „[...] ein instruktives Informations- und Warnsystem für die etablierte Politik.“ (ebd.: 327).
- Sie nehmen eine anwaltschaftliche Interessenvertretung für benachteiligte soziale Gruppen wahr. Die traditionelle Pluralismustheorie übersah, dass bestimmte Gruppen nicht in konkurrenzfähigem Umfang organisationsfähig und artikulationsfähig sind und im Rahmen der Parteien- und Verbändedemokratie nicht alle Interessen ihren angemessenen Niederschlag finden. Oft seien es soziale Bewegungen, die solche Interessen aufgreifen und für die Anerkennung ihrer Legitimität kämpfen.
- Sie stellen eine „countervailing power“ dar, eine kritische Gegenmacht gegenüber gesellschaftlichen und politischen Kräften, die Interessen- und Machtkartelle zur Legitimation von Entscheidungen zwingen.
- Sie bieten selbst Innovationen und kreative Lösungen für Probleme in modernen Gesellschaften an, auch wenn sie bisweilen utopischen Überschuss produzieren.
- Darüber hinaus bieten sie eben auch ein Übungs- und Lernfeld für praktizierte Demokratie.

Nun wäre tatsächlich wieder im Einzelnen zu prüfen, ob die hier vertretenen Funktionen tatsächlich auch so erfüllt werden. Theda Skocpol etwa weist in ihrer Untersuchung zur historischen Entwicklung des bürgergesellschaftlichen Amerikas (vgl. Skocpol 2001) mit Putnam übereinstimmend darauf hin, dass sich „diese Interessenvertretungen gewöhnlich auf Beitragszahler stützen, die den oberen Einkommensschichten angehören.“ (ebd.: 641). Dieses Argument, dem ein Schluss von der sozioökonomischen Mitgliedschaftsstruktur auf die (nicht weiter geprüften) vertretenen Interessen zugrunde liegt, ist natürlich problematisch. Denn selbstverständlich ist vorstellbar und empirisch auch nachweisbar, dass ressourcenstarke, zivilcouragierte Bürger stellvertretend Interessen Dritter artikulieren (können).

Doch „Subpolitik“, davor warnt Ulrich Beck durchaus, „steht nicht nur einer Seite offen“ (1993: 159). Aus den kleinen Lebenswelten kön-

nen „[...] kleine Machtbereiche und Einflusszonen (werden), aus privaten Existenzen werden individuelle Strategiezentralen, aus stilisierten Milieubindungen und Gruppenzugehörigkeiten werden neotribalistische Distinktionskämpfe“, darauf weist auch Ronald Hitzler (1997: 180) zu recht hin.

Partikularismus zieht identitätsstiftende Grenzen, die sich für das Individuum stabilisierend, nach außen hin jedoch in konflikthaften Abgrenzungspolitiken zeigen können. Gerade angesichts der gegenwärtig wachsenden Spannungen entlang religiöser und ethnischer cleavages gibt es beileibe keinen Grund, sich mit Berufung auf „Subpolitik“ entspannt zurücklehnen zu können. Wenn dann zugleich ökonomische Verteilungskonflikte sich verschärfen, können explosive Konflikt dynamiken entstehen: „Die sozialintegrativ problematischsten Fälle sind [...] diejenigen, in denen Kultur- und Verteilungskonflikte korrelieren und einander gegenseitig begründen und anheizen“ (Schimank 2000: 463).

Es sollte in diesem Kapitel darauf aufmerksam gemacht werden, dass sich die Vergemeinschaftungs- bzw. Vergesellschaftungsmuster im Zuge eines säkularen Modernisierungsprozesses unaufhaltsam verändert haben. Wenn damit moralisierendes Raisonement in seine Schranken verwiesen werden kann und die „Baby Boomer“ im Licht dieser Überlegungen aus der Täterrolle („What killed civic engagement?“) entlassen werden können, dann wäre schon einiges erreicht. Es sollte hier allerdings auch nicht der Versuch unternommen werden, Putnams Melancholie mit Becks Hoffnung auf die „Subpolitik“ kurieren zu wollen. Denn dafür bilden sich auch in dieser Entwicklung wieder unausrottbar Ambivalenzen, eben: riskante Chancen, ab.

Im letzten Kapitel soll von Transformationsprozessen der Freiwilligen-Organisationen aus organisationssoziologischer Sicht die Rede sein, insbesondere Veränderungsprozessen, die spezifische „push-Effekte“ erzeugen und zumindest zu einem Teil den Auszug der Individuen aus den Organisationen und die „pull-Effekte“ neuer Gruppen erklären helfen.

3.3.3 Transformationsprozesse intermediärer Akteure³⁹

Nicht nur die individuellen Voraussetzungen für die Mitwirkung in der „Bürgergesellschaft“, auch ihre Organisationskerne, die Freiwilligenorganisationen, haben sich in den letzten Jahrzehnten jenseits und diesseits des Atlantiks erheblich gewandelt. Wie sollte das auch anders zugehen, wenn weder die externen Umwelten und die Umwelteinbindungen stabil

39 Diese Überlegungen sind inspiriert von Uwe Schimanks Thesen zum Vereinssport in der Organisationsgesellschaft (Schimank 2002).

geblieben sind? Im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse unterlagen und unterliegen sie einem Veränderungsdruck, der aus internen, eigendynamischen Konstellationen und aus der Wirkungsmächtigkeit externer Faktoren entsteht. Solche Dynamiken können – zumindest zum Teil – den „Auszug“ der Individuen und ihre Widerwilligkeit gegenüber einer Rückkehr erklären.

Zunächst muss man sich vor Augen halten, dass jene „secondary associations“, deren Verfall Putnam beklagt, nicht anders als neue Formen der Interessensorganisation, durch die „Ressourcenzusammenlegung“ individueller Akteure entstanden sind. Über viele Jahrzehnte hinweg haben sie sich – zumindest ein Teil von ihnen – zu mächtigen Verbänden ausgewachsen. Ein solches Wachstum allein begünstigt jedoch schon *Oligarchisierungstendenzen*. Die Vereins- und Verbandsführungen müssen aufgrund einer mit dem Wachstum verbundenen steigenden Innenkomplexität und anspruchsvollerer Steuerungsaufgaben, die sich mit ansteigenden Koordinationsaufgaben einstellen, zunehmend Effektivitäts- und Effizienzrationalitäten ausbilden, die in Widerspruch treten können zu den Mitgliedschaftslogiken. Das zeigt sich etwa, wenn die Bewerber um Leistungsrollen in Verbänden nicht mehr nur auf ihren „Stallgeruch“, d.h. ihrer sozialmoralischen Verpflichtetheit auf ein bestimmtes Milieu, das der Verein repräsentiert, hin „beschnuppert“ werden, sondern die Selektion der Führungsschicht nach bestimmten Kompetenzprinzipien erfolgt. Je stärker die Interessensorganisation nach außen gerichtet ist, desto eher unterliegt sie der Versuchung, oligarchische Führungsstrukturen zu stabilisieren, zumal dadurch die Koordinationskosten für die Herbeiführung notwendiger Entscheidungen gesenkt und die Möglichkeit erhöht wird, sich als Organisation strategisch verhalten zu können. Dies wiederum erzeugt eine Eskalationsdynamik: „Weil der ‚Basis‘ die Mitentscheidungsmöglichkeiten entzogen werden, wird sie apathisch; weil sie apathisch ist, reißt die Führung die Entscheidungen oligarchisch an sich.“ (Schimank 2002: 17). Es fundamentiert sich – in den Worten Schimanks – eine „Oligarchie wider Willen“ (ebd.). In der Konsequenz droht das demokratische Erbe der Organisation zu erodieren.

Gesteigert wird diese Dynamik, wenn ein Verband, wie dies durchaus nicht selten geschieht, in enge Kooperationsverhältnisse mit Staat und Politik eintritt. Solche Austauschbeziehungen sind nahe liegend, weil es mindestens in zwei Hinsichten Interessensentsprechungen gibt: Erstens im Hinblick auf den Austausch von „Macht“ und zweitens im Hinblick auf den Austausch der Ressource „Leistung“. „Macht“ offeriert der Verband politischen Akteuren insofern, als sich aus einer Verbandsmitgliedschaft symbolische Macht gewinnen lässt, sich politische

Karrieren vorbereiten und Verbandsmitglieder als Wähler rekrutieren lassen.⁴⁰ Mit der Einbindung von „Leistungspotentialen“ des Vereins durch Staat und Politik im Rahmen von korporatistischen Problembearbeitungsarrangements lässt sich die Effektivität und Effizienz in der Abarbeitung von gesellschaftlichen Aufgaben steigern und als Gegenleistung zum Verband hin ein ökonomischer Ressourcenfluss sicher stellen. „Macht“ und „Leistungspotential“ bestärken sich wechselseitig, sodass ein Verband aus geschickt genutzten Austauschbeziehungen mit Staat und Politik seine Angebotspalette und seine Einflusszonen erheblich erweitern kann. Diese Entwicklung „verführt“ dazu, die Dienstleistungsfunktionen auszuweiten und nicht nur „Club-Mitgliedern“ vorzubehalten. In einem solchen Fall steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die ehrenamtlich bereitgestellten Ressourcen aus fachlichen und/oder zeitlichen Gründen an ihre Leistungsgrenzen kommen. Eine *Professionalisierung* verspricht zunächst einen Ausweg aus dem Dilemma: Beruflich qualifiziertes und entlohntes Personal übernimmt vordem ehrenamtlich erledigte Aufgaben, wirkt an Steuerungsaufgaben mit, akkumuliert dabei Wissen über das Vereinsgeschehen und tritt den ehrenamtlichen Leistungsträgern wie dem mitgliedschaftlichen Publikum zuguterletzt jedoch als „funktionale Autorität“ (Hartmann 1964 zit. in Schimank 2002: 19) gegenüber. Das Machtgefälle und das Konfliktpotential vergrößern sich, wenn die zumeist ja nur als „geschäftsführende“ Mitarbeiter eingestellten Hauptamtlichen ihre ehrenamtlichen Vorstände aus dem Leitungsbereich verdrängen (müssen), um die komplexer werdenden Aufgaben ohne allzu große Koordinationskosten, welche die Abstimmung mit Vorständen und Verbandsmitgliedern verursachen, bewältigen zu können. Der „Preis“, den man für die angewachsene Leistungsfähigkeit nach innen hin zu bezahlen hat, kann hoch sein, wenn Mitglieder aufgrund einer zurückgehenden Identifikationsbereitschaft bzw. aufgrund des Zurückschreckens vor einem zeitintensiven Engagement die „exit-Option“ wählen oder in der „Publikumsrolle“ verbleiben und von dort aus mit gestiegenen Kundenansprüchen die Oligarchisierungsspirale weiter noch oben drehen.

Eine solche Einbindung von Freiwilligenverbänden in staatliche Zielsetzungen in den USA bestätigt nachdrücklich Lester M. Salamon (1996). Entgegen den Prognosen der weit verbreiteten Verdrängungsthe-

40 Der Nachweis der Mitgliedschaft in Verbänden und Vereinen gehört deshalb zum Pflichtrepertoire in der Imagepolitik von Politikern in Deutschland, aber verschärft in den USA. Die Machtbasis, die Vereine und Verbände darstellen, dürfte sich aber mit dem unvergleichlich größeren Einfluss, den die Massenmedien als Selbstdarstellungspodien und Multiplikatoren bieten, geschmälert haben.

se – staatliches Handeln führe zur Zurückdrängung des Freiwilligensektor – habe der „Voluntary Sector“ eine vitale und sogar wachsende Rolle im US-Wohlfahrtsstaat behalten (Salamon 1996: 79). Ein Grund dafür sei, dass der Staat private Nonprofit-Organisationen damit beauftragte, öffentlich finanzierte Dienstleistungen zu organisieren und sogar bis hin zur staatlichen Gründung von Nonprofit-Organisationen aktiv geworden sei. Damit ist der amerikanische Wohlfahrtsstaat nach Salomons Einschätzung weit entfernt von dem konventionellen theoretischen Bild eines bürokratischen und monolithischen Blocks, zumal er sich einer breiten Palette verschiedenster Drittparteien zur Erfüllung staatlicher Funktionen bediene. Auf diese Weise entstehe ein kompliziertes System des „Third Party Government“, in dem staatliche Instanzen Entscheidungsspielräume und Machtbefugnisse mit nicht-staatlichen Akteuren teilen.⁴¹ Begünstigt werde dieses staatliche Steuerungsform durch die pluralistische politische Struktur in der amerikanischen Gesellschaft. Es könnten über solche Kooperationsarrangements lokal angepasste, kostengünstigere Dienstleistungen entwickelt und Marktelemente implementiert werden (ebd.: 482). Politische Entscheidungsträger können zur Entstehung und Stärke des Vereinslebens beitragen, indem sie unterstützen, dass Dienstleistungen und Aktivitäten von gesellschaftlichen Vereinigungen erbracht werden und nicht von staatlichen Stellen (ebd.: 483).⁴²

Ganz den vorangegangenen Überlegungen entsprechend macht The-da Skocpol (2001) „eine auf Professionalisierung gerichtete Spielart der ‚Modernisierung‘“, die sich am Ende des 20. Jahrhunderts in den USA zu verwirklichen scheint (ebd.: 638) aus: Vereinigungen, die in jüngerer Zeit an Bedeutung gewannen, weisen sehr viel engere Zielsetzungen auf und verfügen über verhältnismäßig kleine Mitgliedschaften oder haben überhaupt keine eingetragenen Mitglieder. Viele der in den 60er und 70er Jahren entstandenen Bürgerrechtsbewegungen begannen als „Basisinitiativen“ und viele hiervon entwickelten sich später zu professionell

41 vgl. hierzu auch die elaborierten Beiträge des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung um Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (Mayntz/Scharpf 1995), die aber leider von den Theoretikern der Zivilgesellschaft kaum zur Kenntnis genommen werden. Auf Salamon wird hier aufgrund seiner US-amerikanischen Bezugnahmen zurückgegriffen.

42 In Deutschland wird das Verhältnis von öffentlichen und freien Trägern in der Wohlfahrtspflege durch das Subsidiaritätsprinzip geregelt, das auf der Soziallehre der römisch-katholischen Kirche einerseits und liberalen Vorstellungen andererseits fußt. Demnach gilt ein bedingter Vorrang gesellschaftlicher Organisationen bei der Produktion von sozialen Dienstleistungen. Die Praxis dieser Steuerungsform indessen steht schon seit einiger Zeit in heftiger Kritik, weil es die großen Wohlfahrtsverbände bevorteilt und zu einer neokorporatistischen Verklammerung von Staats- und Verbandsinteressen geführt hat (vgl. Rauschenbach/Sachße/Olk 1995).

geführten Interessengruppen oder Organisationen für soziale Dienstleistungen (ebd.: 640). Während der 1970er und 1980er Jahre verschob sich die Schwerpunktsetzung von kulturellen Vereinigungen, Protestbewegungen oder sozialen Dienstleistungsgruppen hin zu politischen Interessengruppen und Dienstleistern mit Interessensvertretungsanspruch (ebd.). Was Skocpol dabei eben kaum reflektiert, ist, dass die in den staatsnahen Handlungsfeldern „Gesundheit“ und „Soziales“ operierenden Vereinigungen in staatlichen „Third-Party-Government“-Arrangements eingebunden wurden. Darüber lässt sich auch die Ausbildung von hybriden Organisationsformaten⁴³ gut erklären.

Befunde der „Dritte-Sektor“-Forschung machen jedenfalls darauf aufmerksam, dass ein Drittel des Gesamtanteils gemeinnütziger Einrichtungen in den USA dem Gesundheits- und Bildungswesens zuzurechnen sind und dass gerade sie es sind, die sich durch eine hochgradige Professionalisierung und Kommerzialisierung auszeichnen (Van Til: 2000, referiert in: Anheier/Topler: 2003: 42–43).

Was bei Salamon allerdings wiederum auf der Strecke bleibt, sind Überlegungen zu den mikropolitischen Effekten der Professionalisierung. Volunteering, so Van Til, würde in diesen Organisationen nämlich maßgeblich zurückgedrängt, sodass man sie eigentlich gar nicht mehr dem bürgerschaftlichen Engagement zurechnen könne (ebd.).

Auch jene von Putnam beklagte dünne Mitgliederbasis der „public interest groups“ lässt sich besser mit den Dynamiken der modernen Gesellschaft und sich darauf einstellenden kollektiven und korporativen Akteuren erklären, als mit moralisierenden Hinweisen auf die mangelnde Engagementbereitschaft einer ganzen Generation. Wenn man in Rechnung stellt, dass Massenmedien in der öffentlichen Kommunikation und politischem „agenda setting“ eine immer stärkere Bedeutung zukommt, dann macht dies eine professionelle Beeinflussung der Medienagenda erforderlich. Eine breite Mitgliederbasis ist hierfür eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung. Vor diesem Hintergrund urteilt Skocpol:

„Insgesamt hat sich die Modellvorstellung einer in der amerikanischen Politik und Bürgergesellschaft effektiven Organisation drastisch verändert [...]. Es entstehen nicht mehr landesweite Netzwerke, sondern unternehmerisch orientierte Persönlichkeiten planen die Errichtung eines nationalen Zentralbüros, werben mit Massenbriefsendungen um Spenden, engagieren Meinungsforscher

43 Eine hybride Gestalt entwickelt ein Verband dann, wenn er als Dienstleistungsorganisation, Interessensorganisation wie Mitgliederorganisation gleichermaßen operiert (vgl. Evers 1990; Olk/Rauschenbach/Sachße 1995b).

und Medienberater, [...] die Interessenvertreter geben Pressemitteilungen über dringliche Fragen heraus und für Verhandlungen mit den staatlichen Stellen werden Lobbyisten engagiert. Gleichzeitig wird intensives fundraising zur Finanzierung all dieser Aktivitäten betrieben. Die Geschäftsführer dieser Vereinigungen haben wenig Zeit, mit ihren Mitgliedergruppen zu diskutieren. Mitglieder sind eine Ablenkung, die sich nicht mehr lohnt“ (Skocpol 2001: 645).

Face-to-face basierte Kommunikation findet hier nur mehr in geringerem Maße bzw. auf einer anderen Interessensvermittlungsebene statt. Der Nachweis indessen, dass solche neuen Initiativen, die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit organisieren, weniger zur Qualität von Demokratie beitragen als etwa ein Bowling-Club, müsste allerdings erst erbracht werden.

Die bisher angestellten Überlegungen machen deutlich, dass sich zumindest ein Teil der institutionalisierten Gelegenheitsstrukturen des bürgergesellschaftlichen Engagements erheblich wandelt. Mit den Hinweisen auf Oligarchisierungs- und Professionalisierungstendenzen lässt sich ein gewisses Maß des „Sozialkapital“-Verfalls in Gestalt eines Mitgliederschwundes bzw. einer Anhebung der Zugangsschwellen in spezifischen Sektoren plausibilisieren. Bezieht man die Effekte der „Individualisierung“, die im vorangegangenen Kapitel skizziert wurde, mit ein, vertieft sich das Verständnis dafür, warum erstens die Entwicklungstendenzen angestammter Freiwilligenorganisationen „push-Effekte“ und zweitens die „kleinen Lebenswelten“ „pull-Effekte“ erzeugen:

Zum einen setzen anspruchsvoller gewordene Leistungsrollen in Verbänden erhöhte Zeitinvestitionen, dauerhaftere Verfügbarkeit und eine hohe Identifikationsbereitschaft mit den Organisationszielen voraus. Das ist aber mit den veränderten Orientierungen von potentiellen Freiwilligen, der Biografisierung des Ehrenamts, der Selbstbezüglichkeit des Engagements und dem Wunsch nach Autonomie schwerer zu vereinbaren. Die kontingente „Schmetterlingsnatur“ des Sozialengagements kann Sozialorganisationen, die im härter werdenden sozialökonomischen Wettbewerb der Dienstleister stehen⁴⁴, zumindest auf der Führungsebene gewiss nur mehr schwer beflügeln.⁴⁵ Die Entstehung von

44 Die Herausbildung eines „Sozialmarktes“ ist nicht nur in Europa, sondern, wie das Zitat von Skocpol andeutet, auch in den USA ein Faktum.

45 Der Schwierigkeit, den zunehmend nach Marktprinzipien gesteuerten Sozialbereich mit ehrenamtlichen Führungsschichten bewältigen zu müssen, begegnen hierzulande viele Verbände mit einer Ausdifferenzierung der Organisationsstruktur, indem sie marktförmig organisierbare Dienstleistungen unter das Dach von professionalisierten „gGmbHs“ stellen

selbstinszenierten Gemeinschaften könnte man aus dieser Sicht als Ausweichen aufgrund einer „Fehlkoppelung zwischen Motivationen und Chancen“ (Offe 2001: 487) deuten.

Zum anderen aber lässt sich die Entstehung „Neuer Sozialer Bewegungen“ als kritischer Reflex auf eine zunehmende Durchorganisierung der Gesellschaft⁴⁶ lesen. Zumindest für Deutschland ließe sich zeigen, dass die Selbsthilfegruppenbewegung in den 1970er und 80er Jahren deutlich von einer Distinktionspolitik gegenüber dem „professionellen System“ beflügelt war. Eine kritische Haltung gegenüber entmündigenden Professionskulturen und übergriffigen Sozialorganisationen stand im Zentrum ihres Selbstverständnisses. Eine „Ressourcenzusammenlegung“ in neuen kollektiven Akteuren verhiess eben genau die Erfüllung jener sozial prädisponierten Wünsche nach autonomer Lebensgestaltung, Authentizität und Unmittelbarkeit in der Begegnung, wie sie in manchen der oligarchisierten Freiwilligenorganisationen kaum mehr möglich erschien.

Indessen sind auch jene „Neuen Bewegungen“, wie aus Skocpols Untersuchung deutlich wird, kaum jenen Mechanismen entgangen, die als abschreckendes Beispiel dereinst an ihrer Wiege standen⁴⁷. Sie sind auf dem besten Wege, alt zu werden. Und ihre „Kinder der Freiheit“ (Beck 1997) schlagen neuerdings und andernorts die Zelte auf.

3.4 Ein Blick zurück

In einem Blick zurück sollen einige zusammenfassende Überlegungen das Ergebnis der kritischen Auseinandersetzung mit den theoretischen Perspektiven, empirischen Befunden und normativen Implikationen der Gesellschaftsdiagnose Putnams bündeln.

Nach näherer Prüfung erwies sich das „Sozialkapital“-Konzept Putnams in *theoretisch-analytischer Hinsicht* als unklar und widersprüchlich. Bei der Klärung seiner zentralen Frage, ob und wie dichte soziale

und im Rahmen der traditionellen „e.V.“-Struktur stärker einer Mitgliedschaftslogik nachgehen können.

46 Zur Lesart der modernen Gesellschaft als „Organisationsgesellschaft“ vgl. Schimank (2001).

47 Verbandsgründungen auf überörtlicher Ebene, Professionalisierung und Finanzierung durch öffentliche Träger sind zwischenzeitlich ein selbstverständlich gewordener Bestandteil ihrer Organisationsentwicklung. Als Beispiel für die Indienstnahme der Selbsthilfebewegung durch das deutsche Gesundheitssystem kann der im Jahr 2000 in Kraft gesetzte § 20, Abs. 5 des V. Sozialgesetzbuches (SGB) dienen: Die Krankenkassen sind seither verpflichtet, Selbsthilfegruppen zu finanzieren.

Netzwerke und assoziiertes bürgergesellschaftliches Engagement grundsätzlich die Leistungsfähigkeit des politischen und ökonomischen Systems beflügeln (können), werden viele interessante Fragen aufgeworfen, aber es wird letztlich kein nennenswerter Theoriefortschritt erzielt. Wie Sozialkapital zustande kommt und sich im Zuge von Modernisierungsprozessen prozesshaft wandelt, bleibt weitgehend ungeklärt. Dafür setzt Putnam eine sehr hohe Argumentationsenergie ein, um die soziale Abträglichkeit der gesellschaftlichen Individualisierungsprozesse – mehr oder minder offen – zu skandalisieren. Damit bleibt er jedoch an der Oberfläche seines Problemgegenstands.

In *empirischer Hinsicht* bleibt die „Erosionsthese“ eine Glaubensfrage. Wohl legt Putnam eine faszinierende Vielfalt empirischer Befunde vor, die je für sich interessante Fragen stimulieren und an denen sich Myriaden von Forschungsprojekten anknüpfen ließen. Aufgrund eines weit ausgespannten Explorationsrasters werden alle möglichen Erscheinungen des Sozialen eingefangen, die – trotz ihrer Unterschiedlichkeit – zum Beweisstück geschnürt werden. Letztlich lässt sich damit keine Antwort auf die Ausgangsfrage nach dem „Schwund des Sozialkapitals“ geben. Unbestreitbar scheint der Rückgang bürgergesellschaftlichen Engagements in traditionellen Organisationsformen zu sein. Unbestreitbar ist aber auch das Aufkommen von neuen, unkonventionelleren Formen des Engagements. Vor dem Hintergrund eines Vergehens und gleichzeitigen Entstehens von bürgergesellschaftlichem Engagement entsteht der Eindruck, dass Putnam einem Alarmismus Vorschub leistet.

In *normativer resp. evaluativer Hinsicht* kultiviert Putnam ein übertrieben optimistisches Bild vom Leistungsvermögen des „Sozialkapitals“. Weil „Sozialkapital“ aus Putnams Sicht in moralischer Hinsicht fast immer „sozial“ und in funktionaler Hinsicht für fast alles gut ist, kommen soziale „Hypotheken“, die „unsoziales“ oder „dysfunktionales“ Sozialkapital erzeugen kann, kaum zur Sprache. Bei der Einschätzung des Normalniveaus als auch bei der Bewertung neuer Formen des Sozialkapitals scheinen ideologische Faktoren, die mit einer Verklärung der 1950er Jahre in den Vereinigten Staaten einher gehen, eine Rolle zu spielen. Insgesamt liegt Putnams Analyse ein harmonistisches Bild der „Civil Society“ zugrunde, das mit den Realitäten und Anforderungen in modernen Demokratien wenig vereinbar erscheint.

Das Verdienst Putnams allerdings ist unbestreitbar, dass er mit großer Entschiedenheit der Bedeutung „intermediärer Akteure“ für die soziale und politische Integration der individuellen Gesellschaftsmitglieder wie der Gesamtgesellschaft nachgeht und damit einen wichtigen und noch nicht hinreichend geklärten Sachverhalt auf der wissenschaftlichen Tagesordnung hält.

„Die zivile Gesellschaft wird daran gemessen, ob sie fähig ist, Bürger hervorzubringen, die wenigstens manchmal Interessen verfolgen, die über ihre eigenen und diejenigen ihrer Genossen hinausgehen, und die über das politische Gemeinwesen wachen, das die Netzwerke der Vereinigungen fördert und schützt“, an dieser gemäßigten Position Michael Walzers (1996: 93) gibt es meines Erachtens kaum etwas zu bezweifeln. Allerdings ist die Gesellschaft seit Tocquevilles Zeiten und spätestens seit Mitte des 20. Jahrhunderts um vieles komplexer geworden und damit haben sich auch die Anforderungen an die Modi der sozialen wie politischen Integration erhöht. Und mit der Ausdifferenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft ist die Arena der „Civil Society“ vielgestaltiger, weiträumiger, vielstimmiger und kontroverser geworden; ein Raum, in dem nicht nur Akteure des angestammten politischen oder korporatistischen Systems Geltungsansprüche reklamieren können, sondern mit neuen sozialen und kollektiven Akteuren in der kleinen wie in der großen Politik um die Gestaltungsmacht wetteifern.

Das „Revival of American community“, auf das Putnam so sehr hofft, hat sich – eben nur in einer anderen als der von ihm gewünschten Gestalt, in manchen Fällen am Fuße der statistischen Berge und wie gehabt: mit Licht- und Schattenseiten – womöglich längstens schon ereignet.